

Der aktuelle Zustand der russischen Landwirtschaft: Produktion, Betriebsstruktur, Handel, Politik und neue Herausforderungen

Karlova, Natalia; Shik, Olga; Serova, Eugenia; Yanbykh, Renata

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Karlova, N., Shik, O., Serova, E., & Yanbykh, R. (2020). Der aktuelle Zustand der russischen Landwirtschaft: Produktion, Betriebsstruktur, Handel, Politik und neue Herausforderungen. *Russland-Analysen*, 395, 3-9. <https://doi.org/10.31205/RA.395.01>

Nutzungsbedingungen:

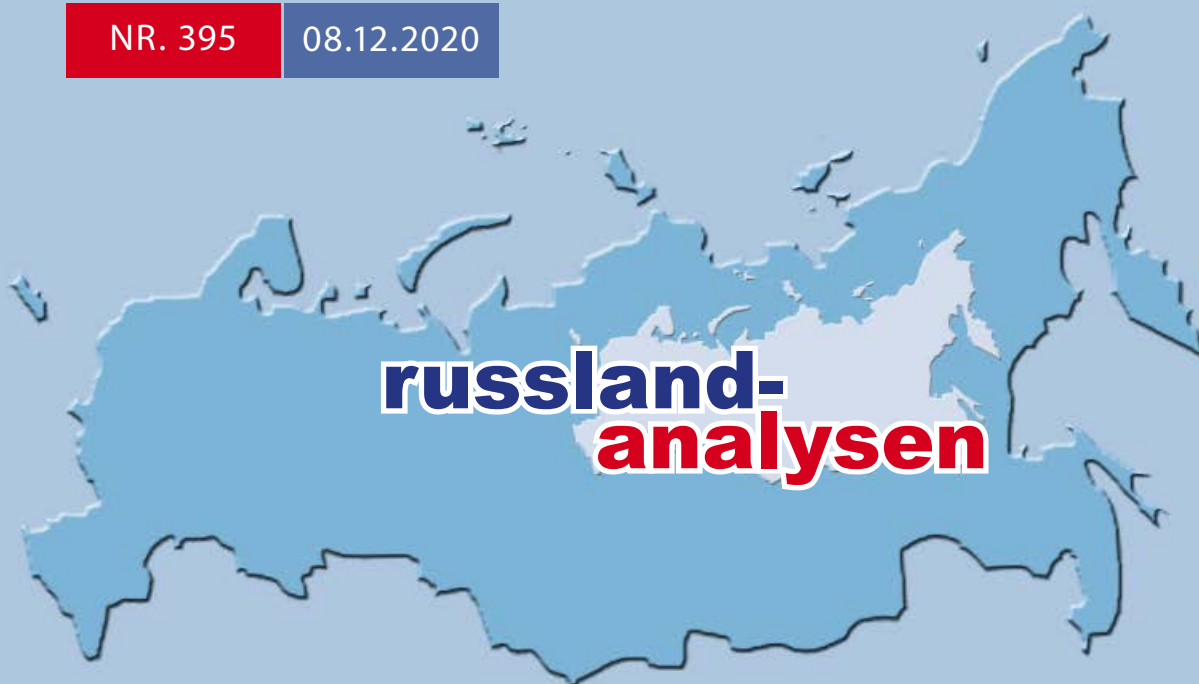
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

AGRARPOLITIK

■ VON DER REDAKTION	
С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!	2
■ EINLEITUNG	
Herausforderungen der Agrarpolitik in Russland	2
■ ANALYSE	
Der aktuelle Zustand der russischen Landwirtschaft: Produktion, Betriebsstruktur, Handel, Politik und neue Herausforderungen Natalia Karlova, Olga Shik, Eugenia Serova, Renata Yanbykh (alle Institut für Agrarstudien, National Research University »Higher School of Economics«, Moskau)	3
■ ANALYSE	
Förderung der Landwirtschaft in Russland aus politökonomischer Sicht Vasyl Kvartiuk (Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien), Thomas Herzfeld (Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)	9
■ WAHLBEOBACHTUNG	
Ergebnisse der Wahlbeobachtung zum Einheitlichen Wahltag am 13. September 2020 Max Bader, Universität Leiden	14
■ STATISTIK	
Covid-19 in Russland	16
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 14. – 29. November 2020	17
■ CHRONIK	
14. – 29. November 2020	20

VON DER REDAKTION

С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 396 – erscheint am 15. Januar 2021. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge zur russischen Militäretik und Söldnern, zur urbanen Entwicklung und natürlich zum Gesundheitswesen und Covid-19. Zunächst aber wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Fabian Burkhardt, Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

EINLEITUNG

Herausforderungen der Agrarpolitik in Russland

Der Agrar- und Nahrungsmittelsektor der Russischen Föderation hat ein sehr dynamisches Wachstum verzeichnet: Russland hat sich in weniger als 20 Jahren von einem Weizenimporteureur zum größten Weizenexporteur der Welt entwickelt, und befindet sich heute am Wendepunkt von einem großen Fleischimporteureur zum Nettoexporteur von Schweine- und Geflügelfleisch. Viele Faktoren haben zu diesen Entwicklungen beigetragen: So verfügt Russland mit mehr als 200 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche – in Deutschland sind es 17 Millionen Hektar –, die großflächig mit dem fruchtbaren Tschernosem-Boden bedeckt ist, über hervorragende natürliche Bedingungen. Das entspricht über 40 % der weltweiten Schwarzerde-Ressourcen.

Führende Politiker Russlands haben dem Agrar- und Ernährungssektor große Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl dessen Anteil am russischen BIP und den Erwerbstätigen mit 3,4 % bzw. 5,8 % (2019) stark begrenzt ist. Dies hat dazu geführt, dass anspruchsvolle langfristige Ziele für die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln festgesetzt wurden, deren Erreichung mit finanzkräftigen Programmen forciert wurde. Inzwischen sind die Selbstversorgungsziele für viele Nahrungsmittel erreicht und die Nahrungsmittelimporte dementsprechend zurückgegangen. Jedoch ist das zusätzliche, bisher ungenutzte landwirtschaftliche Produktions- und Exportpotential noch immer groß. Und so haben sich die agrarpolitischen Ziele in Richtung des Agrarexports verschoben: Erstmals im Rahmen eines Präsidialerlasses von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2018 angekündigt und von Premierminister Michail Mischustin 2020 erneut bekräftigt, strebt die russische Regierung eine Steigerung der russischen Agrarexporte von 25 Milliarden US-Dollar (2018) auf 45 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 an. Und schließlich haben neben dem guten geografischen Zugang zum Weltmarkt über die Häfen am Schwarzen Meer auch die Wechselkursentwicklungen Russlands Wettbewerbsvorteile auf den globalen Agrarmärkten gestärkt.

In diesem Kontext gibt die erste Analyse »Der aktuelle Zustand der russischen Landwirtschaft: Produktion, Betriebsstruktur, Handel, Politik und neue Herausforderungen« von Natalia Karlova, Olga Shik, Eugenia Serova und Renata Yanbykh einen Überblick über die wichtigsten Veränderungen im Agrarsektor der Russischen Föderation, die seit der Zeit der Sowjetunion beobachtet wurden. Hierbei stehen die Veränderungen der Agrarstruktur, im Handel und der Agrarpolitik im Mittelpunkt. Angesichts des starken Produktionswachstums und der Exportexpansion, die in den letzten Jahren zu beobachten waren, erörtert die Analyse die Herausforderungen und Lösungsansätze, um diese erfolgreichen Entwicklungen in einem nachhaltigen landwirtschaftlichen Wachstum zu verstetigen.

Die zweite Analyse »Förderung der Landwirtschaft in Russland aus politökonomischer Sicht« von Vasyly Kvartiuk und Thomas Herzfeld widmet sich der Frage, wie sich die starken regionalen Unterschiede in Höhe und Art der Agrarsubventionen erklären lassen. Agrarsubventionen in Russland sind mit 0,7 % des BIP substantiell höher als in der EU, die einen Wert von 0,4 % erreicht. In ihrer Analyse der regionalen Kofinanzierung der Subventionen der Zentralregierung zeigt sich, dass die regionale Kofinanzierung umso höher ist, je mehr Mitglieder des Regionalparlamentes sich nebenberuflich im Agribusiness engagieren. Daneben weisen ihre Ergebnisse darauf hin, dass die Agrarsubventionen in Regionen mit einem verstärkten Parteienwettbewerb höher sind. Die Autoren führen dies darauf zurück, dass Agrarsubventionen einen starken Einfluss auf das Wählerverhalten der armen ländlichen Bevölkerung haben.

Die Redaktion der Russland-Analysen in Zusammenarbeit mit dem IAMO

Der aktuelle Zustand der russischen Landwirtschaft: Produktion, Betriebsstruktur, Handel, Politik und neue Herausforderungen

Natalia Karlova, Olga Shik, Eugenia Serova, Renata Yanbykh
(alle Institut für Agrarstudien, National Research University »Higher School of Economics«, Moskau)

DOI: 10.31205/RA.395.01

Zusammenfassung

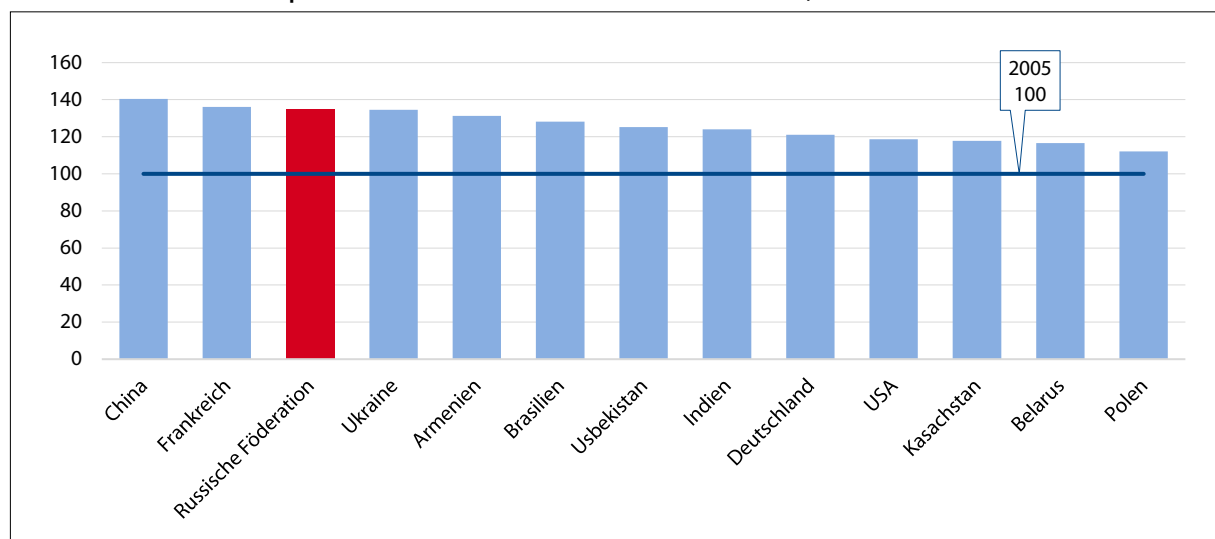
Dieser Artikel stellt den modernen Stand der russischen Landwirtschaft vor, die sich in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt hat. Die Autorinnen behandeln drei große Bereiche seiner Entwicklung: Veränderungen in der Produzentenstruktur, Handelsentwicklung und Agrar- und Lebensmittelwissenschaft. Der Artikel endet mit einer Aufzählung der großen Herausforderungen, die Russland meistern muss, um seinen Binnenmarkt zu schützen und seine Position auf den globalen Märkten zu behaupten. Er basiert auf den wissenschaftlichen Studien des Instituts für Agrarstudien (InAgRes) an der Higher School of Economics (HSE) in Russland.

Einleitung

Nahezu unbemerkt ist es Russland gelungen, sein seit Langem bestehendes Problem der Lebensmittelknappheit zu lösen. Der moderne Agrar- und Lebensmittelsektor des Landes ist einer der am beständigsten wachsenden Bereiche der russischen Wirtschaft. Beim Anbau ausgewählter Getreidearten werden historische Höchststände erreicht. Das Land, das lange Zeit Importeur von Grundnahrungsmitteln war, hat sich für den Weltmarkt zu einem wichtigen Lebensmittellieferanten entwickelt und verzeichnet in den letzten zehn Jahren Fortschritte in den Bereichen Lebensmittelqualität und Lebensmittelsicherheit. Beide Entwicklungen wurden international wahrgenommen.

Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion geht fast ausschließlich auf ein Wachstum der totalen Faktorproduktivität (TFP) zurück, die in Russland höher war als in den meisten anderen entwickelten Ländern: 2015 belegte Russland unter 186 nach ihrem TFP-Wachstum gerankten Ländern den 24. Platz. Derzeit nehmen sowohl die Leistungsindikatoren der einzelnen Sektoren als auch die totale Faktorproduktivität zu, wobei das Produktionswachstum vor allem auf Grundlage verbesserter Faktoren wie einer effizienteren Organisation der Betriebe oder durch neue technische Ausrüstung erzielt wird. Konventionelle aktuelle Indikatoren wie die der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) oder der Economist Intelligence Unit zur Ernährungssicherheit weisen Russland sogar weltweit als eines der ersten drei Länder aus (vgl. Grafik 1).

Grafik 1: Totale Faktorproduktivität in der Landwirtschaft nach Ländern, 2015



Quelle: USDA, Economic Research Service, <https://www.ers.usda.gov/data-products/international-agricultural-productivity/>.

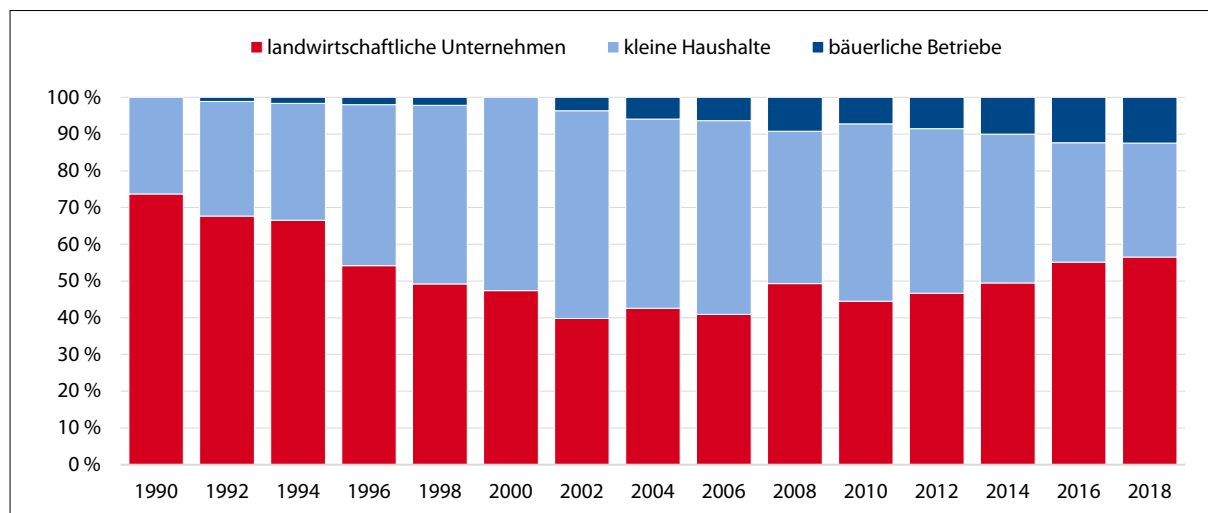
Ein Wendepunkt für die Entwicklung des Sektors war die Krise von 1998, die ein Aussetzen der Importe bewirkte und eine Welle von Inlandsinvestitionen in Gang setzte, erst in den Lebensmittelsektor, dann in den Primärsektor Landwirtschaft und in den vorgelagerten Sektor. Die wichtigsten Wachstumsfaktoren waren also das Wachstum der Investitionen und die Verbesserung der Managementqualitäten, zu der es in diesem Zuge kam. Die Krise von 2008 bewirkte einen zweiten Schub der gleichen Art. Die Einführung von Anti-Sanktionen 2014 war eine weitere Maßnahme zum Schutz der Binnenproduzenten. Dennoch haben sich Investitionen und verbessertes Management als Wachstumsfaktoren jedoch mittlerweile erschöpft.

Agrarstruktur

In der Sowjetunion dominierten große Produzenten – genossenschaftliche und staatliche Landwirtschaftsbetriebe (Kolchosen und Sowchosen) – die Landwirtschaft, während kleine Haushalte eine untergeordnete Rolle als Nahrungsmittelquelle und Nebenverdienst ländlicher Familien spielten. Mit dem Beginn der Agrarreformen in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren begann sich diese Struktur zu verändern. In dieser Zeit entstand mit bäuerlichen oder Familienbetrieben eine neue Art kleiner landwirtschaftlicher Produzenten, die sich anders als die auf Subsistenz ausgerichteten kleinen Haushalte am Markt orientierten.

Zu Beginn der Veränderungen – im Jahr 1990 – gab es in Russland 25.800 landwirtschaftliche Unternehmen mit im Schnitt je 320 Angestellten und 7.800 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Sie machten zusammen 75 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion des Landes aus. Die kleinen Haushalte generierten 25 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion, während die gerade erst entstehenden bäuerlichen Betriebe insgesamt nur 100.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschafteten. Ihr Anteil an der gesamten russischen Landwirtschaft war zu diesem Zeitpunkt also verschwindend gering. Bis 2018 hatte sich die Agrarstruktur komplett verändert: Der Anteil der landwirtschaftlichen Unternehmen an der landwirtschaftlichen Produktion war auf 55 Prozent gefallen, der Anteil der Familienbetriebe auf 45 Prozent gestiegen (33 Prozent davon waren kleine Haushalte, zwölf Prozent bäuerliche Betriebe) (vgl. Grafik 2).

Grafik 2: Struktur der Bruttoagrarpoduktion (GAO) nach Art der Betriebe 1990 bis 2018



Quelle: Federal Customs Service online (2020), <https://eng.customs.gov.ru>.

Bis Ende der 1990er Jahre begann sich die neue Form großer landwirtschaftlicher Agglomerationen herauszubilden, die als »Agroholdings« bekannt wurden. Diese haben in Russland zwar noch immer keinen rechtlich definierten Status, sie haben sich jedoch als eigene landwirtschaftliche Struktur neben den drei konventionellen Landwirtschaftstypen – landwirtschaftliche Unternehmen, bäuerliche Betriebe und kleine Haushalte – etabliert. Heute lassen sich landwirtschaftliche Unternehmen anhand ihres Verhältnisses zu Agroholdings in zwei Gruppen unterteilen: Mitglieder von Agroholdings und unabhängige Unternehmen.

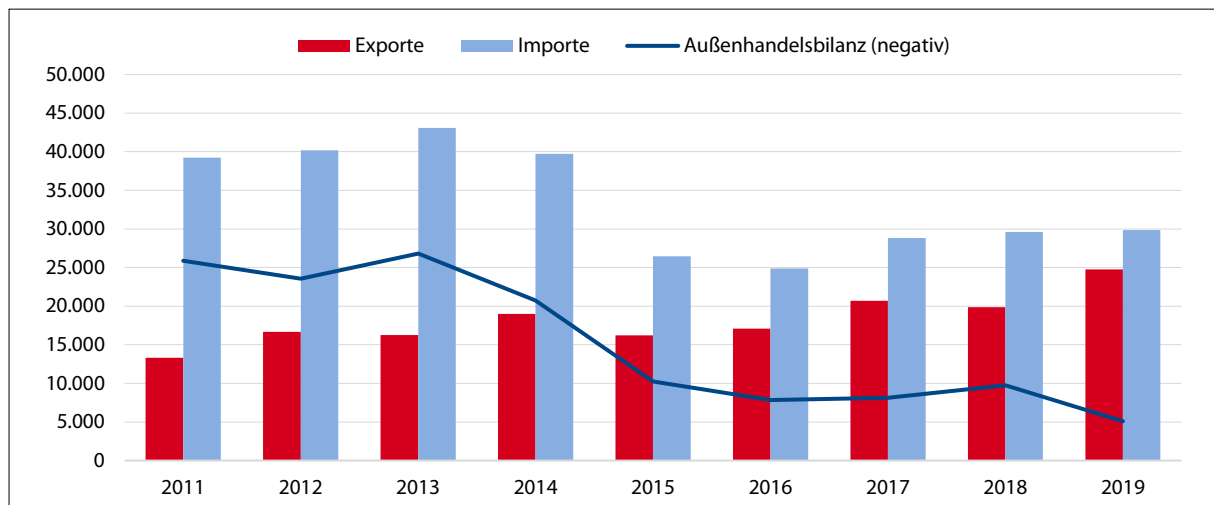
Handel

Als Teil der UdSSR war die Russische Föderation abhängig vom Import von landwirtschaftlichen und Lebensmittelprodukten aus anderen Republiken und Mitgliedsländern des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Mit dem Einsetzen der Reformen in den 1990er Jahren erlebte der Sektor einen lang andauernden Transformationschock, der verursacht wurde durch den schweren Einbruch der zuvor stark subventionierten Nachfrage nach Lebensmittelprodukten sowie durch die Importflut, die der Liberalisierung des Außenhandels folgte. Nach der Krise von 1998 kam es zu einer Wachstumerholung. In der Mitte der 2000er Jahre hatte Russland eine Strategie zur Importsubstitution und Lebensmittelunabhängigkeit entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Die Binnenproduktion mancher Produkte lag zu dieser Zeit sogar deutlich über der Binnennachfrage, so dass das Land zu einem prominenten weltweiten Exporteur wurde, etwa von Weizen und Gerste. Ein Schwerpunkt der nächsten landesweiten Landwirtschaftsstrategie waren entsprechend die Exporte. Im Jahr 2018 gab der russische Präsident Wladimir Putin im Präsidialerlass »Nationale Ziele und strategische Ausrichtung der Russischen Föderation bis 2024.« das Ziel aus, dass bis 2024 landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel im Wert von 45 Milliarden US-Dollar exportiert werden sollten. Wichtigstes langfristiges Ziel ist es zu diesem Zeitpunkt also, die Exporte zu steigern und sich auf dem internationalen Markt für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel nachhaltig wettbewerbsfähig zu positionieren.

Zwischen 2011 und 2019 stieg die Menge der aus Russland exportierten Agrar- und Lebensmittelprodukte um 86 Prozent, die entsprechenden Importe gingen in diesem Zeitraum um 24 Prozent zurück (vgl. Grafik 3). Die Zahl der aus Russland exportierten Güter, bei denen Russland einen komparativen Kostenvorteil auf ausländischen Märkten hat, ist jedoch ziemlich begrenzt. 2018 verfügten nur 35 von etwa 170 exportierten Waren der Produktkategorie Landwirtschaft und Lebensmittel über komparative Kostenvorteile. Hauptsächlich handelt es sich bei diesen um traditionelle Exportgüter (wie z. B. Fisch und Meeresfrüchte oder Getreide), was die Integration Russlands in die globalen Wertschöpfungsketten – vor allem über Produkte mit höherer Wertschöpfung – erschwert.

Grafik 3: Entwicklung des russischen Außenhandels mit Agrar- und Lebensmittelprodukten (Mio. USD)



Quelle: Federal State Statistic Service (2019), <https://eng.gks.ru>.

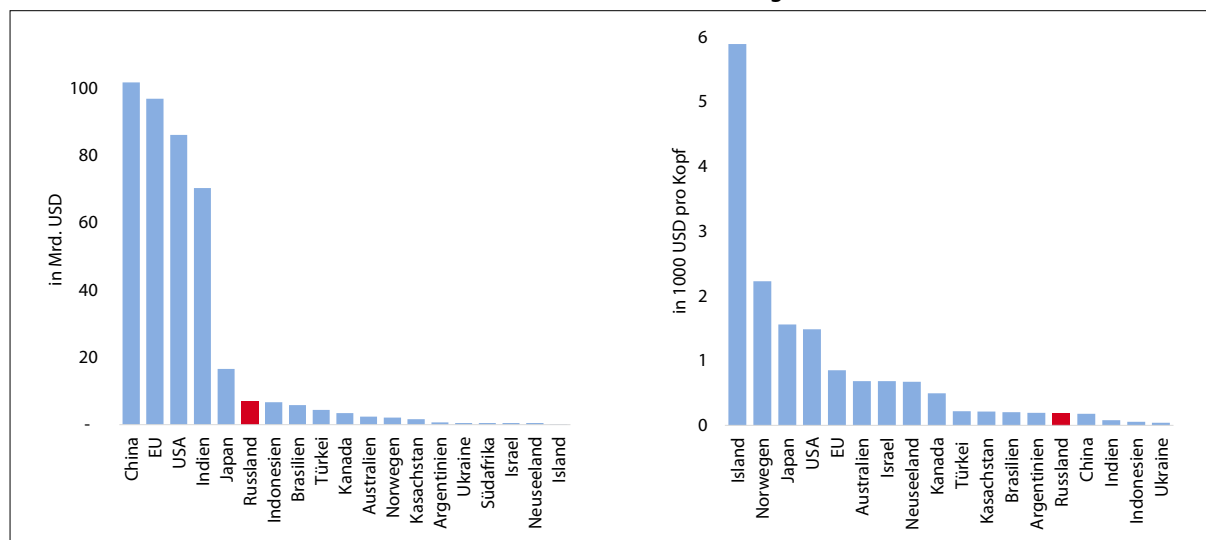
Hieran wird der allgemeine Rückstand der russischen Landwirtschaft und der russischen Lebensmittelindustrie, vor allem im Bereich innovatives Wachstum, deutlich. Gleichzeitig sind die globalen Märkte des 21. Jahrhunderts im Großen und Ganzen auf verarbeitete Lebensmittel ausgerichtet und der Anteil traditioneller landwirtschaftlicher Güter geht kontinuierlich zurück. Ohne eigene bahnbrechende technologische Ansätze wird sich Russland im Kampf mit Global Playern und weltweiten Wertschöpfungsketten kaum behaupten können. Exportpolitisch kann sich das Land entweder in die weltweiten Lieferketten integrieren – hierfür wäre eine enorme Verbesserung seiner Rohstoffqualität erforderlich – oder schnell wachsende Märkte betreten, vor allem in China, Indien, Afrika sowie den Ländern Südostasiens und am Persischen Golf.

Politik

Die russische Landwirtschaftspolitik besteht aus einer Kombination von finanziellen Transfers aus dem landesweiten Haushalt, Steuervergünstigungen und handelspolitischen Maßnahmen. Die finanzielle Unterstützung für die Landwirtschaft ist im Vergleich mit anderen Ländern hoch: Mit Transfergeldern für die Landwirtschaft in Höhe von 482 Milliarden Rubel – umgerechnet etwa sieben Milliarden US-Dollar – belegt Russland den sechs-

ten Platz unter jenen Ländern, deren Unterstützungshöhe die OECD erfasst. Gleichzeitig liegt dieser Wert jedoch nur bei etwa einem Zehntel des entsprechenden Werts für die EU, USA und China (zwischen 86 und 102 Milliarden US-Dollar) und auch die durchschnittliche Unterstützung pro Person ist in Russland deutlich niedriger als in diesen Ländern (vgl. Grafik 4).

Grafik 4: Finanzielle Transfers an die russische Landwirtschaft im Vergleich mit anderen Ländern



Quelle: Berechnungen der Autorinnen, basierend auf OECD-Statistiken

Die Steuerbegünstigungen für den Sektor liegen bei schätzungsweise 400 Milliarden Rubel jährlich und sind damit etwa genauso hoch wie die jährliche Unterstützung aus dem Haushalt. Die Marktpreisstützung (die geschätzte Höhe der Transferleistungen, die über handelspolitische und andere Maßnahmen zur Stützung der Herstellerpreise an die Landwirtschaft gezahlt werden) ist nach wie vor ein sehr wichtiges Instrument, auch wenn ihr Anteil an der Gesamtunterstützung rückläufig ist (laut Angaben der OECD (2020) sank er von 49 Prozent im Jahr 2017 auf 42 Prozent im Jahr 2019). Der hohe Anteil der Marktpreisstützung an der Gesamtunterstützung zeigt, wie wichtig die Unterstützung der Landwirtschaft durch Handelspolitik, Währungsabwertung und Lebensmittelembargo (Anti-Sanktionen) ist, indem so Exporteure Vorteile erhalten und für Importsubstitution gesorgt wird.

Unterstützung durch den russischen Staatshaushalt erhält die Landwirtschaft hauptsächlich in Form von Subventionen und über etliche Unterstützungsprogramme, die nicht immer hilfreich und zielführend sind. 40 bis 50 Prozent der Mittel entfallen auf äußerst verzerrende Programme zur Steigerung der Produktion. Der Anteil der Unterstützung für allgemeine Leistungen, für Programme, die das Potential des gesamten Sektors fördern (Forschung und Entwicklung, Bildung, Inspektionsangebote, Programme zur Infrastrukturentwicklung etc.), ist gesunken – von 48 Prozent im Jahr 2006 auf 26 Prozent im Jahr 2019.

Die Unterstützung für Innovationen und die Anschaffung digitaler Technologien für den Einsatz in der Landwirtschaft sind erklärtermaßen politische Prioritäten. Im Haushalt findet sich diese Priorisierung allerdings nicht wieder.

Nur 3,1 Prozent des Agrarhaushalts sind für Forschung und Entwicklung vorgesehen, wobei der Anteil dieses Bereichs zurückgegangen ist. Hinzu kommt, dass 2019 nur 45 Prozent der im Haushalt für die digitale Transformation der Landwirtschaft vorgesehenen Gelder auch tatsächlich ausgegeben wurden.

Angesichts der beschriebenen jüngst erfolgten Veränderung der Politikziele – Abkehr von der Exportsteigerung durch Produktionswachstum – ist eine Neuausrichtung der Mittel für Forschung, Entwicklung und Innovationen erforderlich, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der russischen Landwirtschaft zu steigern. In der Struktur der Unterstützungsleistungen sind die veränderten Politikziele jedoch nicht wiederzufinden und die meisten Maßnahmen zur Exportförderung beziehen sich zumindest auch auf die Produktion, etwa subventionierte Kredite, Bodenverbesserungen und die Kapitalisierung der staatseigenen landwirtschaftlichen Bank- und Leasinggesellschaft (2019 entfielen 81 Prozent der vorgesehenen staatlichen Transferleistungen auf die Kategorie »Exporte«). Allgemeine Leistungen an Exporteure wie vereinfachte Zollverfahren, Veterinär- und Pflanzenschutzdienste, Informationsunterstützung und Unterstützung in den Bereichen Werbung und Marktzugang machen weniger als zehn Prozent der für »Exporte« vorgesehenen Haushaltsmittel aus.

Neue Herausforderungen

Um seine Position auf heimischen wie internationalen Märkten zu stärken, muss Russland dringend auf eine Reihe von Herausforderungen reagieren.

1. Die globalen Systeme zur Lebensmittelproduktion werden derzeit zugunsten nachhaltigerer Modelle umstrukturiert, die unter anderem von Innovationen und digitalen Technologien profitieren werden. Die Lebensmittelproduktion ist heute eine der wissensintensivsten Industrien weltweit. Für die Entwicklung seines Agrar- und Lebensmittelsektors muss Russland zu einer innovativen Methode übergehen.

Welches sind derzeit die Haupthindernisse für eine innovative Entwicklung der russischen Landwirtschaft?

Erstens gibt es ein riesiges Generationsproblem in den Agrarwissenschaften, das bis in die 1930er und 1940er Jahre zurückreicht, als viele landwirtschaftliche Bereiche (etwa Agrarwirtschaft, Agrarstatistik und Genetik) mit Restriktionen belegt und wissenschaftliche Schulen in diesen Bereichen zerstört wurden. Später, in den 1990er Jahren, kam es dann zu einem Einbruch des Nachwuchses an jungen Menschen in der Wissenschaft.

Zweitens ist zu berücksichtigen, dass die meisten Investitionen in die angewandten Agrarwissenschaften heute aus dem Privatsektor stammen. Der Investitionszyklus in der angewandten Agrarwissenschaft liegt weltweit durchschnittlich zwischen zwölf und zwanzig Jahren – solche Investitionen sind also nur in einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld möglich, wobei selbst die größten agrarindustriellen Unternehmen in Russland einen Planungshorizont von maximal vier bis fünf Jahren haben. Investitionen in Wissenschaft und Personal sind unter diesen Bedingungen also höchst riskant.

Drittens ist zur Förderung innovativer Entwicklungen und neuer Technologien ein komplett neues Konzept der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung nötig. Das moderne System der landwirtschaftlichen Ausbildung in Russland findet einerseits vollkommen entkoppelt von der Grundlagenforschung statt; andererseits bildet es Fachkräfte mit einem universellen Profil aus, das die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft nicht erfüllt.

2. Die größte Herausforderung im Zusammenhang der globalen Entwicklung ist die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung sämtlicher menschlichen Aktivitäten, auch der Landwirtschaft. Das Haupthindernis für die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft ist in Russland natürlich der »Fluch der Ressourcen«: Angesichts riesiger verfügbarer Mengen an Land und Wasser und einer relativ hohen Biodiversität ist die Schonung dieser Ressourcen in Russland noch nicht dringend notwendig. In Bezug auf die Umwelt ist Russland noch immer ein Geberland. Dabei existieren allerdings bereits Herausforderungen an eine nachhaltige Entwicklung, die es mittelfristig zu bewältigen gilt.

Erstens besteht bereits ein Problem beim Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Zweitens wird durch die höhere Produktivität pro Hektar weniger Fläche für landwirtschaftliche Produktion genutzt. Das hat zwar einerseits den Erhalt der Biodiversität im Land verbessert, andererseits ist die Grenze der ökologischen Belastung durch die landwirtschaftliche Produktion in etlichen Regionen des Landes bereits erreicht. Drittens bedroht das Fehlen einer nationalen Strategie oder auch nur einer Idee dazu, wie die Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln reduziert werden kann, eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung ernstlich. Da es in Russland praktisch kein offizielles System zur Kontrolle der Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln gibt, müssen wir uns auf Experteneinschätzungen über Marktakteure verlassen. Demnach belaufen sich in den großen Zweigen des Agrar- und Lebensmittelsektors die Verluste auf bis zu 40 Prozent der Produktion. Das bedeutet, dass alle Arten von Ressourcen ähnlich unproduktiv verwendet werden. Viertens sollten die großen Lebensmittelsysteme die Bedürfnisse verschiedener Verbrauchergruppen stärker berücksichtigen. So legt die moderne Mittelklasse, auch die russische, weltweit Wert auf Praktiken der nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Solche Praktiken auszuweisen, wird im Wettbewerb auf dem Lebensmittelmarkt zunehmend wichtiger.

3. Der nationale Prioritätswechsel weg von der Importsubstitution im Agrar- und Lebensmittelbereich und hin zur Exportorientierung birgt einige langfristige Risiken.

Erstens besteht ein wirtschaftliches Risiko für den Binnenmarkt. Die Risiken der Entwicklung exportorientierter Wertschöpfungsketten für den Binnenmarkt werden in der Literatur ausführlich beschrieben. Zweitens existieren soziale Risiken, denn die Versorgung des Binnenmarkts könnte darunter leiden, dass die zur Exportsteigerung der Agrar- und Lebensmittelprodukte ausgegebenen Ziele um jeden Preis erfüllt werden. In diesem Fall stünden einheimischen Konsumenten weniger Lebensmittel zur Verfügung. Drittens birgt die Exportorientierung auch ökologische Risiken in Form einer möglichen Überausbeutung von natürlichen Ressourcen.

4. Die steigende Produktivität des landwirtschaftlichen Sektors hat einen großen Teil der ländlichen Gebiete Russlands marginalisiert. Dies führte zu einer Degradierung der ländlichen Gebiete in diesen Regionen, zur Abwanderung der Landbevölkerung in Städte und zum Verschwinden vieler Ortschaften. Zudem hat die große Agrarindustrie im Zuge der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften in einigen Fällen ihre Arbeitsorganisation auf Schichtarbeit umgestellt.

Die Unterentwicklung der ländlichen Gebiete steht auch der Entwicklung der Landwirtschaft im Weg, denn ein marginalisiertes gesellschaftliches Umfeld bringt Risiken für die Produktion mit sich und unter diesen Bedingungen können Unternehmen qualifizierte Angestellte nicht dauerhaft für sich gewinnen.

Über die Autorinnen

Natalia Karlova leitet die Abteilung Agrarmarktanalyse am Institut für Agrarstudien der HSE. Sie verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Erforschung von Märkten und der Entwicklung staatlicher politischer Maßnahmen. Karlova war an Forschungsprojekten sowie für Regierungsinstitutionen (Landwirtschaftsministerium, Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Regionalverwaltung), für internationale Organisationen (IWF, Weltbank, OECD, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO) und für Unternehmen tätig. Außerdem arbeitete sie für eines der größten landwirtschaftlichen Unternehmen und für die russische Zentralbank. Ihre Interessen sind Entwicklungsprognosen für Agrar- und Lebensmittelmärkte, Perspektiven des russischen agrarindustriellen Komplexes auf internationalen Märkten, die Diversifizierung landwirtschaftlicher Produkte, die Integrationsfähigkeit von Produktketten und Verschwendung und Vernichtung entlang der Nahrungsmittelkette. Sie ist Absolventin der HSE und promovierte am Institut für Transformationsökonomien (Gaidar-Institut).

Olga Shik arbeitet als Expertin in der Abteilung Agrarpolitik am Institut für Agrarstudien der HSE. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Analytischen Zentrum Agrar- und Lebensmittelwissenschaften des Instituts für Transformationsökonomien (Gaidar-Institut). Außerdem war sie an Forschungsprojekten für führende internationale Organisationen, wie die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Weltbank, die FAO und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, beteiligt. Momentan arbeitet sie an der Studie »Agrimonitor« der Interamerikanischen Entwicklungsbank zur Landwirtschaftspolitik in Lateinamerika und der Karibik mit. Shik ist Mitglied der Technischen Arbeitsgruppe des Konsortiums Internationaler Organisationen zur Erfassung des Politischen Umfelds der Landwirtschaft. Sie ist Absolventin der HSE und promovierte am Institut für Transformationsökonomien (Gaidar-Institut).

Eugenia Serova ist Direktorin des Instituts für Agrarstudien und Professorin für Agrarwirtschaften an der HSE und der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst beim Präsidenten der Russischen Föderation RANEPА. Sie war Direktorin des FAO-Verbindungsbüros für Russland. 2007 arbeitete sie beim Investment Centre der FAO, zuvor war sie Beraterin des russischen Landwirtschaftsministers. Seit 1994 ist sie Teamleiterin am Institut für Transformationsökonomien (Gaidar-Institut), Präsidentin des Analytischen Zentrums Agrar- und Lebensmittelwissenschaften und Lehrstuhlvertretung sowie Lehrstuhlinhaberin für Agrarwissenschaft an der HSE gewesen. Sie war an der Arbeit zahlreicher internationaler Organisationen beteiligt, darunter die Weltbank, die OECD und das Institut zur Erforschung der internationalen Lebensmittelpolitik IFPRI. Im Bereich Politikentwicklung war sie unter anderem an der Entwicklung etlicher Gesetzesentwürfe und anderer Vorschriften für den landwirtschaftlichen Sektor der Russischen Föderation beteiligt. Sie arbeitete als Beraterin in der Ukraine, in Kasachstan, Belarus, Kirgistan, Turkmenistan, Jamaika und anderen Ländern. Außerdem ist sie Absolventin der Moskauer Staatsuniversität und promovierte dort in Wirtschaftswissenschaften.

Renata Yanbykh ist Leiterin der Abteilung Agrarpolitik des Instituts für Agrarstudien an der HSE. Sie ist Absolventin der Wirtschaftsfakultät der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität, wo sie 1992 auch promovierte. In den Jahren 1997/98 und von 2000 bis 2002 war sie agrarpolitische Beraterin zweier stellvertretender Ministerpräsidenten der Russischen Föderation – Jacob Urinsons und Alexey Gordeevs. Sie ist Koautorin des ersten Staatsprogramms zur Entwicklung der Landwirtschaft und zur Regulierung der Märkte für Agrarprodukte, Rohstoffe und Lebensmittel für 2008 bis 2013 sowie des 2019 verabschiedeten Staatsprogramms zur integrierten ländlichen Entwicklung. Yanbykh war an internationalen Projekten der FAO, des Department for International Development DFID der OECD und der Gemeinsamen Forschungsstelle des Instituts für technologische Zukunftsforschung der Europäischen Kommission JRC-IPTS EC beteiligt, wurde von der Weltbank ausgebildet und nahm an den Foren des Internationalen Verbandes der Agrarökonomien IAAE und des Europäischen Verbandes der Agrarökonomien IAAE teil.

Lesetipps

- Economist Global Intelligence Unit (2020). Global Food Security Index, <https://foodsecurityindex.eiu.com/>
- Federal State Statistic Service Russia (2019). Agricultural Statistics, www.gks.ru
- Karlova, N. und E. Serova (2020). Prospects of the Chinese market for Russian agri-food exports. – In: Russian Journal of Economics 6(1): 71–90 <https://doi.org/10.32609/j.ruhje.6.50824>

- Senauer, B., & Venturini, L. (2005). The globalization of food systems: A conceptual framework and empirical patterns, Working Paper 05-01, The Food Industry Center, University of Minnesota, <https://ageconsearch.umn.edu/record/14304>
- FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO (2020). The State of Food Security and Nutrition in the World (SOFI): Transforming food systems for affordable healthy diets, <http://www.fao.org/publications/sofi/en/>
- OECD (2020). Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2020, OECD Publishing, Paris, https://www.oecd-ilibrary.org/agriculture-and-food/agricultural-policy-monitoring-and-evaluation-2020_928181a8-en

ANALYSE

Förderung der Landwirtschaft in Russland aus politökonomischer Sicht

Vasyl Kvartiuk (Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien), Thomas Herzfeld (Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

DOI: 10.31205/RA.395.02

Zusammenfassung

Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse zweier Untersuchungen zusammen, die die Mechanismen der Subventionierung der Landwirtschaft in Russland untersuchen und dabei explizit die Motivationen der wichtigsten Entscheidungsträger berücksichtigen. Zuerst stellen wir die Unterstützung der russischen Landwirtschaft kurz in einen internationalen Kontext und vergleichen sie mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und Unterstützungssystemen in anderen Ländern. Anschließend erläutern wir Motive der regionalen Regierungen und der Zentralregierung, die für die Verteilung von Subventionen an die und in den russischen Regionen eine Rolle spielen. Hierfür verwenden wir einen einzigartigen Datensatz des russischen Landwirtschaftsministeriums und ziehen Schlüsse aus der politökonomischen Literatur. Die Ergebnisse legen nahe, dass russische Regierungen auf regionaler Ebene wie auch auf der Zentralebene – ähnlich wie die entsprechenden Stellen in den USA und der EU – nicht nur die landwirtschaftliche Entwicklung fördern wollen, sondern Subventionen auch als Instrument zur Verfolgung politischer Ziele ansehen. Basierend auf den Ergebnissen diskutieren wir deren Implikationen und sich daraus ergebende politische Optionen.

Die russische Förderung der Landwirtschaft im globalen Kontext

Im Zuge seiner aggressiven Verfolgung des Ziels der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln stellt Russland dem landwirtschaftlichen Sektor erhebliche Haushaltsmittel zur Verfügung. Zwischen 2017 und 2019 stattete der Staat den Sektor durchschnittlich mit beeindruckenden 0,7 Prozent des jährlichen BIP aus. Um das in eine globale Perspektive zu setzen: Australien und Argentinien gaben im selben Zeitraum jährlich 0,1 Prozent für ihre Landwirtschaft aus und selbst die EU mit ihrer massiven Gemeinsamen Agrarpolitik, die 34,5 Prozent des EU-Haushalts ausmacht, wendete nicht mehr als 0,4 Prozent ihres BIP für die Landwirtschaft auf. Im Vergleich mit anderen Ländern transferiert die russische Landwirtschaftspolitik also eine große Summe öffentlicher Gelder in den landwirtschaftlichen Sektor. Russland unterscheidet sich von anderen Ländern außerdem dahingehend, dass nur ein relativ kleiner Teil seiner Unterstützung für die Landwirtschaft (13 Prozent) in ländliche Infrastruktur und Beratungsangebote fließt. Umgekehrt bedeutet das, dass die landwirtschaftlichen Produzenten in Russland vor allem Direktzahlungen und verbilligte Kredite erhalten. Die offiziellen Ziele dieser Politik sind eine Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion und eine Verbesserung des ländlichen Lebensstandards. Es wäre jedoch naiv anzunehmen, dass die Vertreter staatlicher Stellen mit diesen großen Transfersummen nicht auch noch andere Ziele verfolgen.

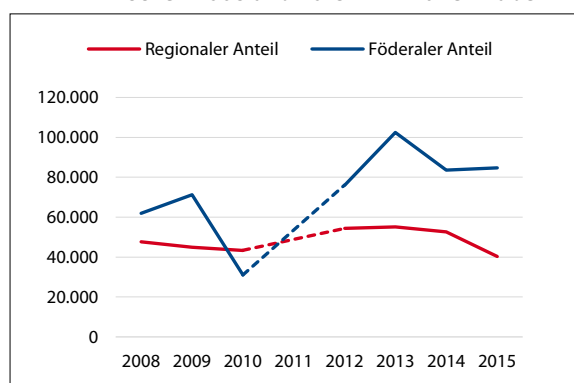
Die Unterstützung ist auf die verschiedenen Regionen Russlands sehr unterschiedlich verteilt und ein Großteil dieser Unterschiede lässt sich nicht über wirtschaftliche Faktoren und fiskalische Verteilungsschlüssel erklären. Die auf die landwirtschaftliche Nutzfläche umgerechneten ausgezahlten Subventionen unterscheiden sich in der Höhe teilweise um das 20fache. Auch die Zusammensetzung der verschiedenen Arten der Förderung (beispielsweise unterschiedlicher Ackerfrüchte oder Vieh) variiert stark. Da landwirtschaftliche Subventionen große und wichtige staat-

liche Transferleistungen an Produzenten sind, beziehen wir uns auf die politökonomische Literatur, um zu erklären, wie russische Politiker möglicherweise die Subventionierung der Landwirtschaft für Rent-Seeking und zur Maximierung ihrer politischen Unterstützung nutzen. Dabei ist es unerlässlich, den russischen Kontext mit seinen schwachen Institutionen und seiner Zentralisierungstendenz in den Beziehungen zwischen Regierungsebenen zu verstehen.

Zentrale Regierungsstrukturen und ländliche Politik

Die in den letzten zwei Jahrzehnten entstandene Zentralisierung in den Beziehungen zwischen den russischen Regierungsebenen hat den diskretionären Spielraum bei der Verteilung von Transfergeldern wie landwirtschaftlichen Subventionen vergrößert. Die Regierung Putins festigte ihre Macht auf der Zentralebene und nahm den Regionen viel von deren Verhandlungsmacht ab, die sie während der Präsidentschaft von Boris Jelzin rege eingesetzt hatten. Das führte formal zu klareren Regeln zur Verteilung der landwirtschaftlichen Subventionen, die sich aus föderalen und regionalen Mitteln zusammensetzen. Über die Vergabe ihrer Anteile entscheiden die Regionen relativ frei, hierbei handelt es

Grafik 1: Föderale und regionale Anteile an den landwirtschaftlichen Subventionen zwischen 2008 und 2015 in Millionen Rubel



--- Die gestrichelte Linie zeigt die fehlenden Beobachtungen für 2011 an
Quelle: eigene Berechnung

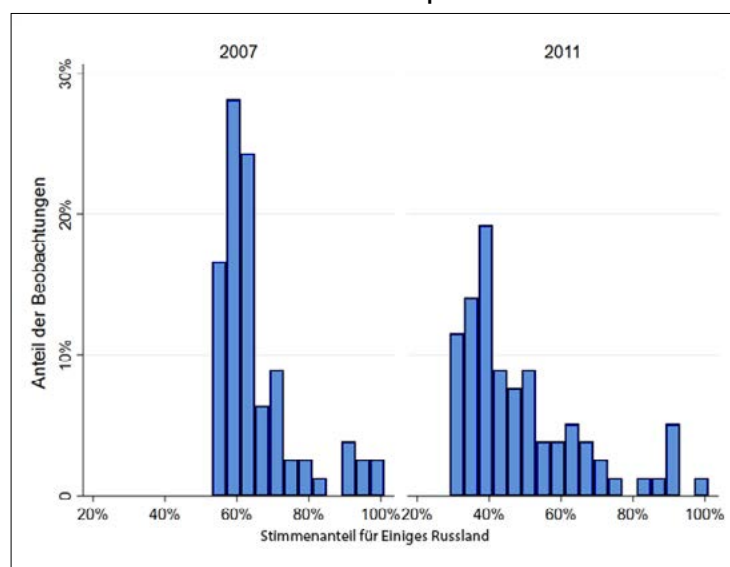
sen Erfolg ist, dass Regionalpolitiker über die Schaffung von Anreizen motiviert wurden, Wähler für Einiges Russland zu mobilisieren – und im Gegenzug an der Macht bleiben konnten. Solchermaßen unter Druck gesetzt, wandten die Regionalpolitiker sich an lokale Eliten, die ihnen helfen sollten, ihre politische Unterstützung zu erhöhen. Besonders interessant sind für Regionalpolitiker in diesem Zusammenhang große Unternehmen mit vielen Angestellten, denn die Mobilisierung beziehungsweise Nötigung von Wählern findet meist am Arbeitsplatz statt. Ob Lokalpolitiker zur Mobilisierung von Wählern eher befriedende oder sanktionierende Methoden anwenden, könnte hauptsächlich vom regionalen Demokratisierungsgrad und der Stärke der lokalen Institutionen abhängen. In westlichen Regionen gehen die Ergebnisse eher auf politischen Wettbewerb zurück, während im Nordkaukasus und in ölproduzierenden Regionen (wie Tjumen oder Tatarstan) autokratische Regierungsformen vorherrschen, die entsprechend eher auf Zwang setzen.

Ländliche Wählerschichten sind für verteilungspolitische Praktiken aus ver-

sich in erster Linie um regionalpolitische Maßnahmen. Um ergänzende föderale Mittel zu beziehen, müssen sie allerdings eine Reihe föderaler Anforderungen erfüllen. Entsprechend dem allgemeinen Zentralisierungstrend hat die Bedeutung dieser ergänzenden föderalen Mittel zugenommen. Die Zuweisung der föderalen Gelder sollte zwar auf Grundlage fester Formeln zur Berechnung der Verteilung geschehen, informelle Verhandlungen zwischen Regionen und Zentralregierung sind jedoch üblich. Diese Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt und sind sehr intransparent, denn es gibt keine Institutionen, die diesen Prozess unterstützend begleiten könnten (vgl. Grafik 1).

Parteipolitik ist ein zentrales Instrument der russischen Regierung zur Zementierung ihrer Macht. Die derzeit amtierende vom Präsidenten kontrollierte Partei Einiges Russland lag bei den Wahlen 2007 und 2011 in sämtlichen Regionen in Führung, ihr Vorsprung war jedoch unterschiedlich groß (vgl. Grafik 2). Eine Hauptursache für dies-

Grafik 2: Stimmenanteil für Einiges Russland bei den Wahlen 2007 und 2011 innerhalb der Stichprobe



Quelle: Kvartiuik, Vasyil, and Thomas Herzfeld. 2020. "Redistributive Politics in Russia: The Political Economy of Agricultural Subsidies." *Comparative Economic Studies*.

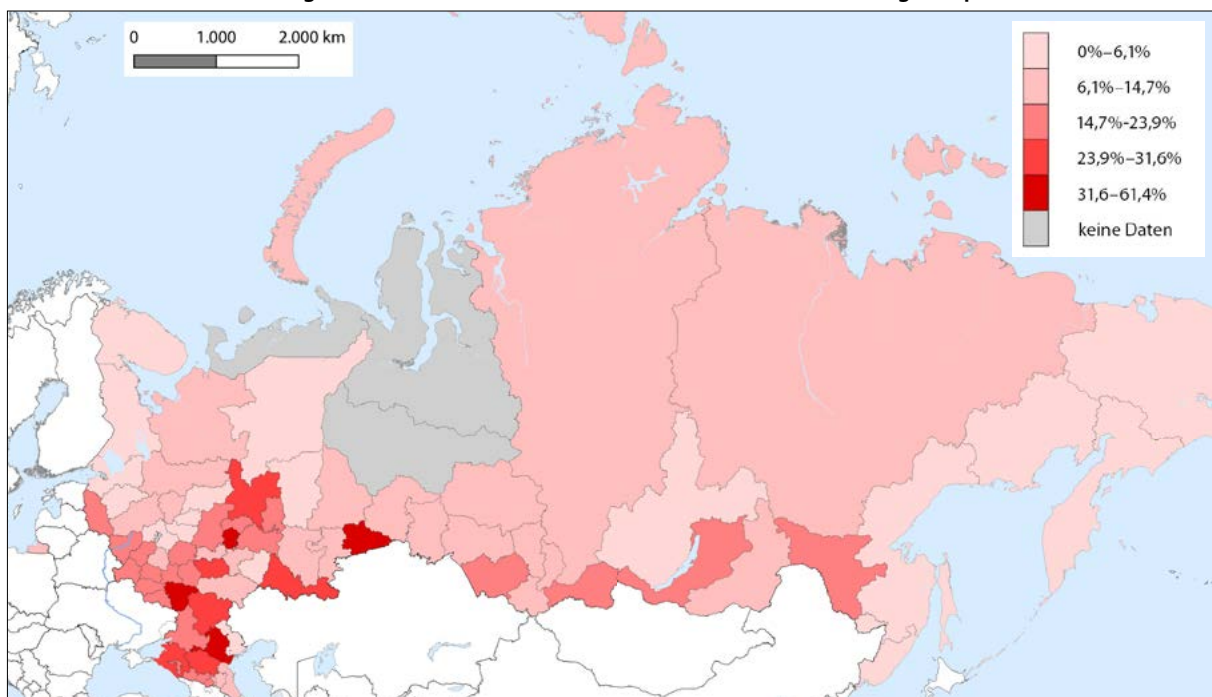
schiedenen Gründen eine attraktive Zielgruppe. Erstens sind die Bewohner ländlicher Gegenden im Durchschnitt ärmer – so lagen die Löhne auf dem Land zwischen 2015 und 2017 bei 60 Prozent des landesweiten Durchschnittseinkommens – und die politökonomische Literatur legt nahe, dass ärmere Bevölkerungsschichten durch Transferzahlungen leichter zu beeinflussen sind. Zweitens ist die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung für das Wachstum der lokalen Wirtschaft. Obwohl 2016 nur sieben Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft angestellt waren, ist die Wirtschaft auf dem Land in hohem Maße abhängig von der landwirtschaftlichen Produktion und den mit ihr zusammenhängenden wirtschaftlichen Aktivitäten, etwa in den Bereichen Dienstleistung, Zulieferung, Weiterverarbeitung und Handel. Über Subventionen für die Landwirtschaft kann das Stimmverhalten der ländlichen Bevölkerung also überproportional beeinflusst werden. Und nicht zuletzt hat die Bevölkerung auf dem Land möglicherweise weniger Zugriff auf Medienangebote und zuverlässige Informationen und wird dadurch auch leichter zum Opfer staatlicher Propaganda – was kombiniert mit Transferleistungen den Ausgang von Wahlen entscheidend beeinflussen kann.

Aneignung landwirtschaftlicher Subventionen durch behördliche Funktionsträger

Bevor wir die politischen Motivationen betrachten, die für die Verteilung landwirtschaftlicher Subventionen eine Rolle spielen können, untersuchen wir, ob sich lokale Eliten diese Gelder aneignen können. Da die Unterstützung der Landwirtschaft in Russland hauptsächlich auf regionalpolitischer Ebene angesiedelt ist, liegt es nahe, die Motive von Regionalpolitikern zu untersuchen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Abgeordnete von Regionalparlamenten (anders als ihre Kollegen auf föderaler Ebene) neben ihren Hauptpositionen zusätzlich auch als Unternehmer tätig sein dürfen (sie werden dann als »moonlighting politicians« bezeichnet). Daraus ergibt sich, dass Abgeordnete bei der Zuweisung und Verteilung landwirtschaftlicher Subventionen persönliche Interessen verfolgen oder voreingenommen sein können. Wir stellen daher die Hypothese auf, dass Regionalparlamente mit mehr landwirtschaftlichen Unternehmern als Abgeordneten dem landwirtschaftlichen Sektor tendenziell mehr Subventionen zuweisen werden.

Zur Prüfung dieser Hypothese arbeiten wir mit einem einzigartigen Datensatz des russischen Landwirtschaftsministeriums zu landwirtschaftlichen Subventionen in den Jahren 2008 bis 2015. Diesen ergänzen wir durch Parlamentarierverzeichnisse aus 78 russischen Regionen und weisen unter Verwendung einer SPARK-Datenbank außerdem alle Unternehmen aus, die lokalen Parlamentsabgeordneten gehören. Anhand offizieller Unternehmensklassifizierungen konnten wir für ein vorgegebenes Parlament und einen vorgegebenen Zeitpunkt errechnen, wie hoch der Anteil der Abgeordneten ist, die ein landwirtschaftliches Unternehmen besitzen, und wie hoch die Anzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen ist, die auf jeden Abgeordneten entfallen. Grafik 3 zeigt, wie sich das landwirtschaftliche Inte-

Grafik 3: Anteile von Abgeordneten mit landwirtschaftlichen Unternehmen in Regionalparlamenten in 2015



Quelle: Kvartiuk, Vasyi, and Thomas Herzfeld, 2019. "Regulatory Capture in Russian Agricultural Subsidization.", Paper presented at the 56th Annual Meeting of the Public Choice Society, Louisville, KY, USA.

resse auf sämtliche russische Regionalparlamente verteilt. Neben einer Häufung von Regionen mit mehr als 30 Prozent an Parlamentariern mit landwirtschaftlichen Unternehmen im Nordkaukasus sehen wir große Unterschiede, die unabhängig davon sind, wie wirtschaftlich bedeutsam der Agrarsektor für die jeweilige Region ist. Zusätzlich weisen wir für die Zeit von 2008 bis 2015 Unternehmen aus, die Gouverneuren und Landwirtschaftsministern gehören. Als ein Ergebnis konnten wir das Verhältnis zwischen landwirtschaftlichen Interessen in Regionalparlamenten und Zuweisungen von Subventionen an die Landwirtschaft ökonomisch modellieren; hierzu haben wir dynamische Paneldatenmodelle verwendet.

Die ermittelten Ergebnisse legen nahe, dass es bei der Verteilung der landwirtschaftlichen Subventionen in Russland zu Aneignungen durch Behördenvertreter und offizielle Funktionsträger kommt. Insbesondere haben wir herausgefunden, dass es dann zu höheren Kofinanzierungen durch die Regionen kommt, wenn der Anteil der Abgeordneten mit einem landwirtschaftlichen Unternehmen höher ist. Interessanterweise können Landwirtschaftsminister, die mindestens ein Unternehmen besitzen, häufiger mit höheren regionalen Kofinanzierungen in Zusammenhang gebracht werden, während dies für Gouverneure nicht gilt. So scheinen Regionalpolitiker, die in ihren Landwirtschaftsbetrieben tätig sind, stärker dem Anreiz ausgesetzt zu sein, auf eine landwirtschaftliche Förderung in ihren Regionen zu drängen.

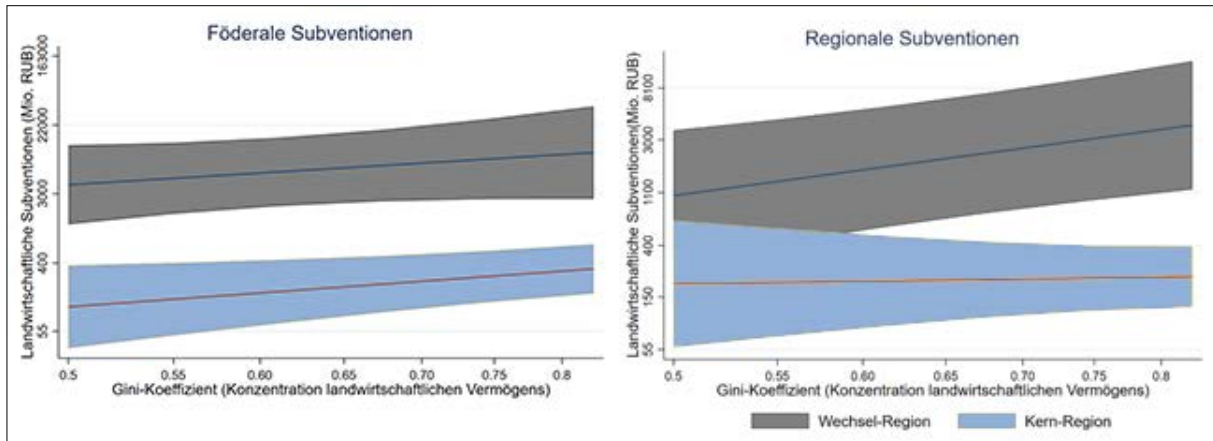
Verteilungspolitische Praktiken und landwirtschaftliche Subventionen

Landwirtschaftliche Subventionen können nicht nur der Generierung eigener wirtschaftlicher Vorteile (Rent-Seeking) dienen, sondern auch von amtierenden Regierungen zur Maximierung ihrer politischen Unterstützung instrumentalisiert werden. Dabei können sowohl regionale Regierungen als auch die Zentralregierung Subventionen strategisch zuweisen und verteilen, um die Macht von Einiges Russland zu zementieren. Etliche Wissenschaftler haben herausgefunden, dass die Zentralregierung Transferzahlungen an Regionalregierungen zu diesem Zweck eingesetzt hat. Diese Transferzahlungen basieren genauso wie landwirtschaftliche Subventionen auf fiskalpolitischen Verteilungsschlüsseln und belaufen sich auf etwa ein Prozent des BIP. Wir wenden uns nun dieser Literatur zu und betrachten die Debatte darüber, welcher Strategie die derzeitige Regierung zur Maximierung ihrer politischen Unterstützung folgt. Zum einen könnte sie sich auf ihre loyalen Wähler oder ihre Kernwählerschaft konzentrieren und diese für ihr Stimmverhalten bei den letzten Wahlen belohnen. Umgekehrt könnte sie aber auch die Wechselwähler in den Blick nehmen – also jene Gruppen, die als potentielle Wähler von konkurrierenden Parteien für Einiges Russland bei den nächsten Wahlen gewonnen werden könnten. Außerdem könnte die Regierung mit großen landwirtschaftlichen Unternehmen zusammenarbeiten, um Wähler zu mobilisieren. Da die Überzeugung am Arbeitsplatz als wichtige Strategie zur Wählermobilisierung in Russland ausgemacht wurde, könnte die Ausschüttung von Subventionen an große landwirtschaftliche Betriebe mit vielen Angestellten für die Regierung ein Motiv sein – in der Hoffnung, im Gegenzug mehr Stimmen für Einiges Russland zu erhalten.

Wir überprüfen diese Hypothesen unter Verwendung desselben Datensatzes zu landwirtschaftlichen Subventionen und ergänzen diesen mit Daten zu den Ergebnissen der Föderal- und Regionalwahlen in den Jahren 2008 bis 2015. Um zu testen, ob eher versucht wurde, Wechsel- oder Stammwähler zu beeinflussen, ermitteln wir den Vorsprung mit dem Einiges Russland die jeweilige Wahl gewonnen hat. Niedrige Vorsprünge deuten auf einen stärkeren politischen Wettbewerb und damit auch darauf hin, dass es in diesen Regionen überwiegend Wechselwähler gibt. Außerdem gehen wir davon aus, dass Stammwähler vor allem in den Regionen mit hohen Gewinnvorsprüngen zu finden sind. Zusätzlich zu den Proxies für den politischen Wettbewerb berechnen wir den Gini-Koeffizienten als Maß zur Erfassung der in einer Region vorhandenen großen landwirtschaftlichen Betriebe. Der Gini-Koeffizient drückt aus, wie stark die Vermögenswerte sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe einer Region in einem Jahr in wenigen Betrieben konzentriert sind.

Die Ergebnisse des dynamischen Paneldatenmodells weisen auf strategische Verteilungspraktiken hin, in deren Rahmen große landwirtschaftliche Betriebe als Hebel zur Wählermotivation fungieren. Ökonometrische Schätzungen deuten außerdem darauf hin, dass sowohl die Subventionen seitens der Zentralregierung als auch seitens der Regionalregierungen in denjenigen Regionen höher sind, in denen Einiges Russland bei den letzten Wahlen in einem stärkeren Wettbewerb stand. Das stützt die Wechselwähler-Hypothese. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass die landwirtschaftlichen Subventionen tendenziell eher an Regionen fließen, in denen es große landwirtschaftliche Unternehmen gibt. Außerdem scheinen Regionalregierungen großen landwirtschaftlichen Betrieben dann überproportional viele Subventionen zuzuweisen, wenn es einen starken politischen Wettbewerb in ihren Regionen gibt, wenn also Einiges Russland bei den letzten Wahlen nicht gut abgeschnitten hat. Am deutlichsten zeigt das Grafik 4 auf der nächsten Seite. Wir sehen, dass der »Wechsel-Regionen-Effekt« auf der Zentralebene additiv zum Tragen kommt, während er sich auf regionaler Ebene multiplikativ auswirkt – hier verläuft die Kurve steiler, die das Verhältnis zwischen dem Proxy der großen landwirtschaftlichen Betriebe und den Subventionen darstellt. Das legt nahe, dass Stimmenfang für die Zuweisung regionaler Subventionen eine größere Rolle spielt.

Grafik 4: Prognostizierte landwirtschaftliche Subventionen für »Wechselwähler«- und »Stammwähler«-Regionen in Abhängigkeit von der Konzentration landwirtschaftlichen Vermögens



Quelle: Kvartiuk, Vasyi, and Thomas Herzfeld. 2020. "Redistributive Politics in Russia: The Political Economy of Agricultural Subsidies." *Comparative Economic Studies*.

Schlussfolgerung

Dieser Beitrag liefert eine kurze Zusammenfassung zweier Forschungsarbeiten zur politischen Ökonomie der Verteilung von landwirtschaftlichen Subventionen in Russland. Da die regional unterschiedliche Höhe der Subventionen über wirtschaftliche Faktoren kaum erklärt werden kann, untersuchen wir die Motive der wichtigsten Akteure für die Zuweisung der landwirtschaftlichen Subventionen als Transferleistungen. Dabei finden wir erstens Hinweise auf die Aneignung landwirtschaftlicher Subventionen durch behördliche Funktionsträger, denn Regionalparlamente mit einem höheren Anteil von Abgeordneten mit landwirtschaftlichen Unternehmen vergeben tendenziell mehr regionale Subventionen. Aufgrund fehlender Datengrundlagen können wir nicht feststellen, ob die entsprechenden Abgeordneten direkt von den Subventionen profitieren oder ob sie als »Politiker mit Nebentätigkeit« aus ideellen Motiven positiv gegenüber der Unterstützung der Landwirtschaft eingestellt sind. Dass die Gesetze auf regionaler Ebene weniger restriktiv in Bezug auf die Kombination von politischen Ämtern und unternehmerischer Tätigkeit sind, könnte Rent-Seeking-Motive begünstigen.

Zweitens scheinen die Motive der russischen Regierung bei der Verteilung staatlicher Subventionen abhängig zu sein von den Strategien der Weiterverteilung, die wiederum die politische Unterstützung der amtierenden Machthaber maximieren sollen. Wir können zeigen, dass die Zentralregierung wie auch die Regionalregierungen mehr landwirtschaftliche Subventionen an die »Regionen mit Wechselwählern« vergeben, in denen Einiges Russland bei den letzten Wahlen mit stärkerem politischen Wettbewerb konfrontiert war. Womöglich sorgt ein gewisses Maß an Verschwiegenheit dafür, dass beide Regierungsebenen sich der beschriebenen Instrumente zur Mobilisierung ländlicher Wähler bedienen können. Außerdem könnten die Transferleistungen noch effizienter werden, wenn über sie große landwirtschaftliche Unternehmen als Stimmenfänger gewonnen werden können.

Unsere Ergebnisse stehen im Einklang mit Ergebnissen aus der Literatur über nichtlandwirtschaftliche Sektoren. Dabei ist der russische Fall keineswegs einzigartig. Ähnliche Effekte wurden auch in anderen Kontexten beobachtet, unter anderem in den USA und der EU. Treffen schwache Institutionen auf autoritäre und zentralistische Beziehungen zwischen Regierungsebenen, entsteht eine besonders fruchtbare Umgebung für strategische Verteilungspraktiken im Rahmen landwirtschaftlicher Subventionspolitik.

Über die Autoren:

Dr. *Vasyi Kvartiuk* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in Halle (Saale). 2014 wurde er durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Fach Volkswirtschaftslehre promoviert. Er hat umfangreiche Erfahrung in der technischen Zusammenarbeit und Politikberatung. Seine Forschungsinteressen umfassen die Themen lokale Kommunalverwaltung, politische Ökonomie und Bodenbeziehungen.

Prof. Dr. *Thomas Herzfeld* ist seit 2011 Direktor am IAMO und Leiter der Abteilung »Agrarpolitik« und lehrt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er wurde von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel promoviert und habilitierte sich an der gleichen Universität. Zwischen 2007 und 2011 arbeitete er als Assistent Professor an der Universität Wageningen. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Agrarpolitik, ländliche Entwicklung und Institutionenökonomie.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps:

- Kvartiuk, Vasyly, and Thomas Herzfeld. 2020. "Redistributive Politics in Russia: The Political Economy of Agricultural Subsidies." *Comparative Economic Studies*.
- Kvartiuk, Vasyly, and Thomas Herzfeld, 2019. "Regulatory Capture in Russian Agricultural Subsidization.", *Paper presented at the 56th Annual Meeting of the Public Choice Society*, Louisville, KY, USA.
- Frye, Timothy, Ora John Reuter, and David Szakonyi. 2018. "Hitting Them With Carrots: Voter Intimidation and Vote Buying in Russia." *British Journal of Political Science*: 1–25.
- Marques, Israel, Eugenia Nazrullaeva, and Andrei Yakovlev. 2016. "Substituting Distribution for Growth: The Political Logic of Intergovernmental Transfers in the Russian Federation." *Economics and Politics* 28(1): 23–54.

WAHLBEOBACHTUNG

Ergebnisse der Wahlbeobachtung zum Einheitlichen Wahltag am 13. September 2020

Max Bader, Universität Leiden

Am 15. Oktober veröffentlichte Golos seinen Abschlussbericht über den Einheitlichen Wahltag, der am 13. September 2020 in Russland stattfand.

Die Hauptereignisse des Einheitlichen Wahltags waren Gouverneurswahlen in 18 Regionen, Wahlen der Regionalparlamente in elf Regionen und Wahlen der Stadtparlamente in 14 Regionshauptstädten. Außer in den Regionshauptstädten fanden Parlamentswahlen und Wahlen für wichtige Positionen der Exekutive auch in vielen Kommunen statt. Der Begriff Einheitlicher Wahltag ist mittlerweile irreführend, denn mit der landesweiten Einführung von zwei Tagen zur vorzeitigen Stimmabgabe finden die Lokal- und Regionalwahlen jetzt auf drei Tage verteilt statt.

Neben vielem anderen enthält der Golos-Bericht Ergebnisse statistischer Analysen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Resultate der Wahlen in großem Umfang von Manipulation gekennzeichnet sind.

Unstimmigkeiten im Wahlverhalten

Zwischen den Regionen, in denen Wahlen stattfanden, gibt es beträchtliche Unstimmigkeiten in Bezug auf den Anteil der vorzeitigen Stimmabgabe. In der Oblast Belgorod, im Jüdischen Autonomen Gebiet, in den Oblasten Pensa und Tambow und im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen stimmten siebzig bis achtzig Prozent derjenigen, die an der Wahl teilnahmen, am 11. und 12. September ab. In den Oblasten Irkutsk und Nowosibirsk gaben dagegen »nur« zwischen vierzig und fünfzig Prozent der Wähler ihre Stimme vorzeitig ab.

Noch krasser sind die Unstimmigkeiten, wenn wir die Ebene der Territorialen Wahlkommissionen betrachten. Viele Territoriale Wahlkommissionen im Krai Kamtschatka, in den Oblasten Perm und Tambow, in Tatarstan und in der Oblast Voronesh meldeten für die vorzeitige Stimmabgabe Anteile von über 80 Prozent. Den höchsten Wert (92,1 Prozent) meldete die Territoriale Wahlkommission Snamenskaja aus der Oblast Tambow. Gleichzeitig meldete eine Reihe von Territorialen Wahlkommissionen, vor allem in den Oblasten Irkutsk und Nowosibirsk, Anteile von weniger als vierzig Prozent für die vorzeitige Stimmabgabe. Den niedrigsten Anteil (24,2 Prozent) meldete die Territoriale Wahlkommission im Autonomen Kreis der Nenzen.

Die Unstimmigkeiten bei der vorzeitigen Stimmabgabe könnten über die Größe der Wahllokale erklärbar sein: In Wahllokalen, in denen mehr Wähler registriert sind, könnten sich mehr Menschen für die vorzeitige Stimmabgabe entscheiden, um am Wahltag nicht in einer Schlange stehen zu müssen. Es scheint jedoch keine positive Korrelation zwischen Größe des Wahllokals und Anteil der vorzeitigen Stimmabgabe zu geben. So sind zum Beispiel im Gebiet der Territorialen Wahlkommission, die den höchsten Anteil vorzeitig abgegebener Stimmen meldete (die Territoriale Wahlkommission Snamenskaja in der Oblast Tambow), die Wahllokale relativ klein. Am Wahllokal Nr. 82 im Gebiet der Territorialen Wahlkommission Snamenskaja lässt sich das gut zeigen: Obwohl hier nur 330 Wähler registriert waren, gaben 266 von ihnen ihre Stimme vorzeitig ab, nur acht stimmten am 13. September ab. Die Autoren des Golos-Berichts kommen zu dem Schluss, dass die Unstimmigkeiten bei den Anteilen der

vorzeitigen Stimmabgabe wahrscheinlich durch Manipulationen lokaler und/oder regionaler Behörden zustande gekommen sind.

Ähnliche Unstimmigkeiten gibt es über das ganze Land verteilt bei den gemeldeten ungültigen Stimmen, die anders als durch Manipulation nur schwer erklärt werden können. Für die Präsidentenwahl in Tatarstan wurden nur 0,7 Prozent ungültige Stimmzettel gemeldet, während der entsprechende Anteil bei der Gouverneurswahl in der Republik Komi mit 4,6 Prozent mehr als sechsmal so hoch war. Ein ähnliches Beispiel ist der Anteil der ungültigen Stimmen bei den Wahlen zum Stadtparlament von Kasan, der bei nur 1,4 Prozent lag, während er für die Wahl des Stadtparlaments von Syktywkar 8,6 Prozent betrug.

Korrelation zwischen vorzeitiger Stimmabgabe und Stimmenanteil für Einiges Russland

Der gemeldete Anteil der vorzeitigen Stimmabgabe war nicht nur für eine Reihe von Regionen sehr hoch, die vorzeitige Stimmabgabe korrelierte auch in fast allen Regionen eindeutig mit einem höheren Stimmenanteil für die Partei Einiges Russland oder amtierende Kandidaten. Den offiziellen Ergebnissen zufolge wurde bei der vorzeitigen Stimmabgabe mit anderen Worten überproportional häufig für Einiges Russland oder die amtierenden Gouverneure gestimmt. Die Autoren des Berichts stellen fest, dass diese Korrelation zusätzlichen Anlass für den Verdacht der Manipulation im Rahmen des Prozesses der vorzeitigen Stimmabgabe bietet. Nur in wenigen Regionen korrelierten die am 13. September abgegebenen Stimmen in ähnlicher Weise.

Anschaulich ist das Beispiel der Wahl des Kommunalparlaments von Schuja in der Region Iwanowo. Mit 96 von 125 Stimmen (oder 77 Prozent) erhielt der Kandidat von Einiges Russland Barabaschow in seinem Bezirk die mit Abstand meisten Stimmen über vorzeitige Stimmabgaben. Am 13. September bekam er dagegen nur die zweitmeisten Stimmen (76 von 292 oder 26 Prozent).

Unwahrscheinliche Ergebnisse

Bei den Gouverneurswahlen stieg die offizielle Wahlbeteiligung verglichen mit den letzten Gouverneurswahlen in acht von 18 Regionen um mehr als drei Prozent. Ein solcher Anstieg der Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen der Oblast-Parlamente und der Stadtparlamente der Regionshauptstädte nicht zu beobachten. Nur bei zwei von elf Oblast-Parlamentswahlen war die Wahlbeteiligung höher als bei den letzten Wahlen, in beiden Fällen blieb der Anstieg unter einem Prozent. Nur bei drei von vierzehn Wahlen von Stadtparlamenten der Regionshauptstädte war die Wahlbeteiligung höher als bei der letzten Wahl, in allen Fällen betrug der Anstieg weniger als drei Prozent. Insgesamt gibt es keinen Beleg dafür, dass die Einführung der dreitägigen Wahl eine höhere Wahlbeteiligung bewirkt hat. Der höchste Anstieg der Wahlbeteiligung bei Gouverneurswahlen wurde für den Krai Krasnodar (22,6 Prozent) und für die Jüdische Autonome Region (41,1 Prozent) gemeldet. Der Golos-Bericht stellt fest, dass beide Fälle nur durch Manipulation erklärt werden können.

Besonders bemerkenswert sind die Ergebnisse der Gouverneurswahlen im Krai Krasnodar und in der Oblast Tambow. Laut den offiziellen Ergebnissen meldeten in beiden Regionen mehr als die Hälfte der Bezirkswahlkommissionen, dass über 80 Prozent der registrierten Wähler für den amtierenden Gouverneur gestimmt hätten, das sind mehr als bei den Präsidentschaftswahlen 2018 für Putin oder beim »Referendum« im Juni/Julii 2020 für die Verfassungsänderungen stimmten. Dies ist ungewöhnlich – normalerweise sind die Behörden zurückhaltend mit der Meldung besserer Ergebnisse für einen Gouverneur als für den Präsidenten. Laut Berechnungen des Mathematikers Sergej Schpilkin könnten bei den Gouverneurswahlen in Krasnodar Krai bis zu 700.000 Stimmen manipuliert worden sein.

Der Beobachtungseffekt

Ein weiterer Grund, einige der offiziellen Ergebnisse in Frage zu stellen, ist, dass es häufig auffällige Unstimmigkeiten zwischen Ergebnissen von Wahllokalen im selben Gebiet mit und ohne Beobachter gibt.

Bei den Wahlen in der Stadt Krasnodar waren viele unabhängige Beobachter in den Wahllokalen anwesend, im Krai Krasnodar außerhalb der Stadt Krasnodar gab es dagegen relativ wenige Beobachter. In der Stadt Krasnodar war die Wahlbeteiligung dreimal niedriger als im Krai Krasnodar und der Stimmenanteil für den amtierenden Gouverneur war hier um die Hälfte niedriger als in der Region insgesamt. Hinzu kommt, dass die Beteiligung an der Gouverneurswahl im Krai Krasnodar um 22,6 Prozent höher war als bei den letzten Gouverneurswahlen, während die Wahlbeteiligung in der Stadt Krasnodar trotz der Einführung der dreitägigen Stimmabgabe sogar um 4,2 Prozent gesunken ist.

Die offizielle Beteiligung an der Wahl des Stadtparlaments von Lipki, bei der in jedem Wahllokal Golos-Beobachter waren, betrug nur 16 Prozent. Im Okrug Kireew, zu dem Lipki gehört, lag die gesamte Beteiligung an den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Oblast-Parlament dagegen bei 30 Prozent, was darauf hinweist, dass die Wahlbeteiligung in Wahllokalen, in denen keine unabhängigen Beobachter anwesend waren, viel höher war.

In Wybor in der Oblast Leningrad waren in 34 von 43 Wahllokalen unabhängige Beobachter anwesend. In den neun Wahllokalen, in denen keine unabhängigen Beobachter waren, erhielt der Regierungskandidat Drosdenko offiziellen Ergebnissen zufolge einen deutlich höheren Stimmenanteil als in den Lokalen, in denen Beobachter anwesend waren.

Diese Beispiele für Unstimmigkeiten zwischen Ergebnissen aus Wahllokalen, in denen Beobachter anwesend und nicht anwesend waren, verweisen auf den »Beobachtereffekt«: Sind unabhängige und gut ausgebildete Beobachter vor Ort, ist eine Manipulation der Wahlergebnisse unwahrscheinlicher. Dieses sehr bekannte Ergebnis unterstreicht die große Bedeutung der Entsendung möglichst vieler unabhängiger Beobachter zu Wahlen, für die das Risiko einer Manipulation besteht.

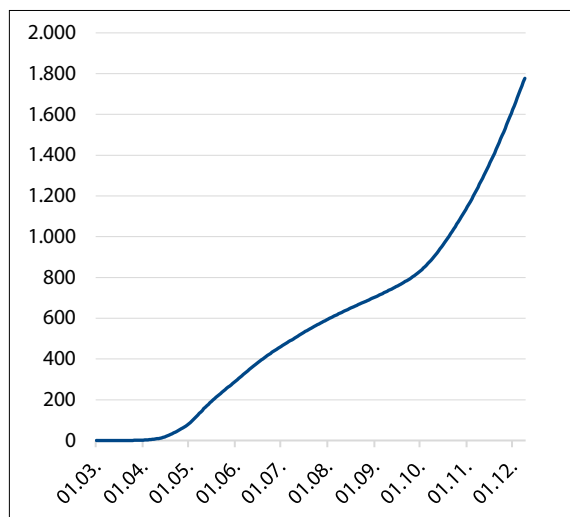
Über den Autor

Dr. Max Bader ist Dozent im Fachbereich Russland- und Osteuropastudien der Universität Leiden. Seine Forschungsinteressen umfassen Wahlen, Korruption, Autoritarismusforschung und Demokratisierung.

STATISTIK

Covid-19 in Russland

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 09. Dezember 2020)



Die detaillierten Werte vom 01.03.–20.11.2020 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–394 eingesehen werden.

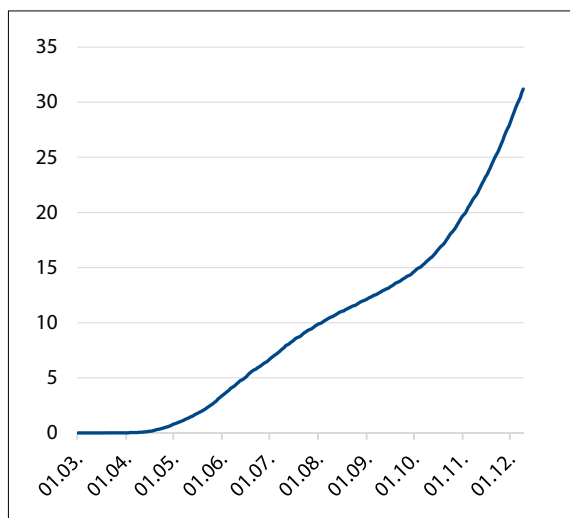
Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 09.12.2020, 14:27 Uhr MESZ <https://oronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 21. November – 09. Dezember 2020)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
21.11.	2.047.563	24.538
22.11.	2.071.858	24.295
23.11.	2.096.749	24.891
24.11.	2.120.836	24.087
25.11.	2.144.229	23.393
26.11.	2.169.424	25.195
27.11.	2.196.691	27.267
28.11.	2.223.500	26.809
29.11.	2.249.890	26.390
30.11.	2.275.936	26.046
01.12.	2.302.062	26.126
02.12.	2.327.105	25.043
03.12.	2.354.934	27.829
04.12.	2.382.012	27.078
05.12.	2.410.462	28.450
06.12.	2.439.163	28.701
07.12.	2.466.961	27.798
08.12.	2.492.713	25.752
09.12.	2.518.551	25.838

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 09. Dezember 2020)



Die detaillierten Werte vom 01.03.–20.11.2020 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393-394 eingesehen werden.

Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 09.12.2020, 14:27 MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (21. November – 09. Dezember 2020)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
21.11.	35.442	462
22.11.	35.838	396
23.11.	36.192	354
24.11.	36.675	483
25.11.	37.173	498
26.11.	37.688	515
27.11.	38.175	487
28.11.	38.676	501
29.11.	39.127	451
30.11.	39.491	364
01.12.	40.050	559
02.12.	40.630	580
03.12.	41.173	543
04.12.	41.730	557
05.12.	42.228	498
06.12.	42.675	447
07.12.	43.122	447
08.12.	43.674	552
09.12.	44.220	546

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 14. – 29. November 2020

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
14.11.2020	1.865.395	Der russische Präsident Wladimir Putin äußert sich zugunsten eines freien Zugangs aller Länder zu Impfstoffen gegen das Coronavirus. Ihm zufolge hätten bereits mehrere Staaten ihre Bereitschaft bekundet, mit Russland an der Herstellung des Impfstoffs »Sputnik V« gegen Covid-19 zusammenzuarbeiten.
15.11.2020	1.887.836	Russland bestätigt 22.572 neue Covid-19-Infektionen und 352 Todesfälle. Unter den Städten und Regionen mit den meisten neudiagnostizierten Covid-19-Fällen sind Moskau (6.200 Fälle), Sankt Petersburg (1.900 Fälle), die Oblast Moskau (812 Fälle), die Oblast Nischnij Nowgorod (412 Fälle) und die Republik Karelien mit 358 Fällen zu benennen.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
16.11.2020	1.910.149	In den ersten Herbstwochen ist ein rasanter Anstieg bei Entlassungen in kleinen und mittleren Unternehmen festzustellen, mutmaßlich wegen des mit der Covid-19-Pandemie im Zusammenhang stehenden Konjunkturéinbruchs. Die Studie des Buchhaltungsdienstes »Buch-Soft« besagt, dass die untersuchten Unternehmen im Juni und Juli im Durchschnitt 5,5 Prozent und 5,9 Prozent ihrer Mitarbeiter entließen. Im September und Oktober waren es 9,6 Prozent und 16,2 Prozent.
16.11.2020	1.910.149	Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Hendrik Dahms, unterbricht seinen Besuch in Moskau wegen eines möglichen Kontakts mit einer an Covid-19 infizierten Person. Aus diesem Grund finden die geplanten Treffen von Hendrik Dahms mit der Vorsitzenden des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, und dem Vorsitzenden der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, nicht statt.
17.11.2020	1.932.711	Ein provisorisches Krankenhaus für mehr als 2.200 Covid-19-Patient*innen ist im Ramenskij Rajon eröffnet worden. Dem regionalen Gesundheitsministerium der Moskauer Oblast zufolge sei dieses Krankenhaus mit 17 Infektions-, Reanimations- und Aufnahmeabteilungen sowie einem eigenen Labor ausgestattet.
17.11.2020	1.932.711	Die Leiterin des Finanzdepartements der Stadt Moskau, Jelena Sjabbarowa, beziffert die infolge der Covid-19-Pandemie zu erwartenden Einnahmeverluste des Moskauer Haushaltes bis Jahresende mit mehr als 300 Milliarden RUB (umgerechnet rund 3,3 Mrd. Euro).
18.11.2020	1.954.912	Die Stellvertretende Vorsitzende der Regierung, Tatjana Golikowa, verkündet die eingeführte Maskenpflicht in allen Regionen des Landes infolge der Covid-19-Pandemie. Zusätzlich ist die Durchführung von Veranstaltungen und Nacharbeit in Restaurants in 79 Regionen verboten.
19.11.2020	1.975.629	Nach Angaben des Föderalen Operativen Stabes zur Bekämpfung des Coronavirus überschreitet die Gesamtzahl der Covid-19-Erkrankten in Russland seit dem Beginn der Pandemie zwei Millionen Fälle. In den vergangenen 24 Stunden wurden 23.610 neue Covid-19-Fälle diagnostiziert. Damit stieg die Gesamtzahl der Fälle auf 2.015.608.
19.11.2020	1.975.629	Die Staatsduma erörtert einen Gesetzesentwurf zur Verlängerung der Stundung von überfälligen Krediten für die von der Covid-19-Pandemie betroffenen Unternehmen und Rentner*innen. Das entsprechende Dokument ist in der elektronischen Datenbank der unteren Kammer veröffentlicht worden.
20.11.2020	1.998.966	Die Covid-19-Pandemie führe zur Verstärkung der Konkurrenz und zur Reduktion der sogenannten »grauen« Geschäftsaktivitäten unter den russischen Unternehmen. Das besagt eine repräsentative Umfrage der Forschungsagentur »Magram Market Research« in Zusammenarbeit mit der Vereinigung von Klein- und Mittelstandsunternehmen »Opora Rossii« und der Bank »Promswjasbank«. Ihr zufolge bestätigen 48 Prozent der befragten 1.647 kleinen und mittleren Unternehmen aus allen Regionen Russlands diesen positiven Trends.
21.11.2020	2.023.025	Als eines der größten Risiken der Covid-19-Pandemie bezeichnet der russische Präsident Wladimir Putin die stagnierende Massenarbeitslosigkeit. Ebenfalls bestehe seiner Auffassung nach ein hohes Risiko der Abwertung der nationalen Währungen, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen, konstatiert er auf dem virtuell abgehaltenen Gipfel der G20-Staaten.
21.11.2020	2.023.025	Dem Föderalen Operativen Stab zur Bekämpfung des Coronavirus zufolge sind 467 Personen in den vergangenen 24 Stunden an Covid-19 gestorben. Das ist die höchste Zahl seit Beginn der Pandemie in Russland. Es sind zum fünften Mal in Folge mehr als 400 Personen landesweit an dem Coronavirus verstorben.
22.11.2020	2.071.858	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.581 auf insgesamt 2.089.329 angestiegen. Offiziell gibt es 36.179 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.575 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
23.11.2020	2.096.749	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 25.173 auf insgesamt 2.114.502 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es 36.540 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.866 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
23.11.2020	2.096.749	Die Regierung der Oblast Tula verbietet den Betrieb von Bars, Diskotheken, Nachtclubs und Bowlingbahnen bis einschließlich 1. Januar 2021. Außerdem werden die Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Diese Regelungen sind Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in Tula offiziell insgesamt 15.474 Covid-19-Infektionen gemeldet, 466 Patienten starben.
24.11.2020	2.120.836	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.326 auf insgesamt 2.138.828 angestiegen. Offiziell gibt es 37.031 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.838 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
24.11.2020	2.120.836	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass in sechs Regionen Russlands weniger als zehn Prozent der für die Behandlung von Covid-19-Patienten vorgesehenen Bettenplätze in Krankenhäusern frei seien. Es handelt sich dabei um die Oblast Iwanowo, die Oblast Orjol, die Republiken Komi, Krim und Mordowien sowie Sankt Petersburg.
24.11.2020	2.120.836	Der stellvertretende russische Gesundheitsminister Oleg Gridnew erklärt, dass die höhere Sterblichkeitsrate im Jahr 2020 nicht allein mit der Covid-19-Pandemie zu erklären sei, sondern auch mit der Angst der Menschen vor Ansteckung mit dem Coronavirus bei Arztbesuchen. Dies sei der Grund, warum viele Menschen Arztpraxen und die Notaufnahme von Krankenhäusern mieden. Seit März 2020 habe es einen Rückgang bei der Auslastung von Notaufnahmen um etwa 50 Prozent gegeben.
24.11.2020	2.120.836	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin unterzeichnet eine Verordnung, mit der Impfstoffe gegen Covid-19 auf die Liste der lebenswichtigen Medikamente aufgenommen werden. In dieser Liste enthaltene Medikamente werden den Bürgern der russischen Föderation kostenlos zur Verfügung gestellt.
25.11.2020	2.144.229	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.675 auf insgesamt 2.162.503 angestiegen. Offiziell gibt es 37.538 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.685 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.11.2020	2.169.424	Die russische Airline »Pegas Fly« canceled einen von Moskau ins chinesische Zhengzhou geplanten Flug, nachdem bekannt geworden war, dass mehr als 190 der von Passagieren eingereichten serologischen Covid-19-Tests identisch waren. Zur Einreise nach China ist ein negativer serologischer Test auf Covid-19 verpflichtend.
26.11.2020	2.169.424	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin gibt bekannt, dass die empfohlenen Kontaktbeschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke bis zum 15. Januar 2021 bestehen bleiben. Außerdem bleibt auch die Pflicht für Unternehmen mindestens 30 Prozent ihrer Mitarbeit ins Homeoffice zu entlassen bestehen.
26.11.2020	2.169.424	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 25.487 auf insgesamt 2.187.990 angestiegen. Offiziell gibt es 38.062 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.075 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
26.11.2020	2.169.424	Der russische Gesundheitsminister Michail Muraschko gibt bekannt, dass zurzeit mehr als 220.000 Menschen mit Covid-19-Diagnose in russischen Krankenhäusern behandelt werden.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
26.11.2020	2.169.424	In einem Interview mit dem staatlichen Fernsehsender »Rossija 24« erklärt der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin, Studien hätten ergeben, dass bereits etwa die Hälfte der Einwohner Moskaus immun gegen Covid-19 seien. Da eine dauerhafte Immunität nicht gewährleistet sei, seien Massimpfungen trotzdem notwendig.
27.11.2020	2.196.691	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.543 auf insgesamt 2.215.533 angestiegen. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Offiziell gibt es 38.558 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.918 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, auch dies ein neuer Negativrekord.
28.11.2020	2.223.500	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 27.100 auf insgesamt 2.242.633 angestiegen. Offiziell gibt es 39.068 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 7.320 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.
29.11.2020	2.249.890	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 26.683 auf insgesamt 2.269.316 angestiegen. Offiziell gibt es 39.527 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 6.798 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden.

* Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 29.11.2020; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Ina Lankovich und Alena Schwarz

CHRONIK

14. – 29. November 2020

14.11.2020	Laut dem Vertreter des Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, beginnen russische Militärkräfte ab dem 14. November mit Patrouillen in Bergkarabach. Von russischen Friedenstruppen werden dort zwölf Beobachtungsposten eingerichtet. Die Situation wird rund um die Uhr überwacht. Igor Konaschenkow zufolge wird der Waffenstillstand entlang der gesamten Kontaktlinie eingehalten.
15.11.2020	Die Außenminister Russlands und Aserbaidschans, Sergej Lawrow und Jeyhun Bayramov, diskutieren den Fortschritt der Umsetzung der gemeinsamen Erklärung der Staats- und Regierungschefs Russlands, Armeniens und Aserbaidschans zur Beilegung des Bergkarabach-Konflikts in einem Telefonat. Unter anderem bestätigen die beiden Außenminister auch die Notwendigkeit der Einbeziehung von Vertreter*innen internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen, der UNESCO und des Roten Kreuzes.
16.11.2020	Der Oberste Gerichtshof Russlands trifft auf Ersuchen des Justizministeriums die Entscheidung zur Liquidation der von Roman Putin geleiteten politischen Partei »Das Volk gegen Korruption«. Die Partei existierte seit 2013, war jedoch bis vor kurzem politisch inaktiv. Der Parteivorsitzende Roman Putin und Mitglieder*innen beabsichtigen die Gründung einer neuen Partei und den Einzug ins Parlament.
16.11.2020	Das russische Verteidigungsministerium wird im Namen der Russischen Föderation ein Abkommen mit dem Sudan unterzeichnen. Demnach soll ein Stützpunkt für die russische Marine im Sudan eingerichtet werden.
16.11.2020	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin kündigt den Beginn der Reformierung der öffentlichen Verwaltung ab dem Jahr 2021 an. In der Bundesverwaltung wird das Personal um 5 Prozent und in den Gebietskörperschaften der Abteilungen um 10 Prozent reduziert.
17.11.2020	In der »Kommission des Föderationsrates zum Schutz der Staatssouveränität gegen den Eingriff von außen« wird ein Gesetzentwurf diskutiert, demzufolge eine Reihe von Regulierungen in diversen Bereichen angestrebt werden. Insbesondere wird vorgeschlagen, die Finanzierung öffentlicher Veranstaltungen aus dem Ausland zu begrenzen. Es sieht auch die Klassifizierung von NGOs als ausländische Agenten vor, die in Russland ohne juristische Registrierung arbeiten, politische Aktivitäten durchführen und Finanzmittel aus dem Ausland erhalten.

18.11.2020	Der Gouverneur von Mordowien, Wladimir Wolkow, gibt seinen Rücktritt bekannt. Er leitete die Regierung der Republik von 1995 bis 2012. Ab Mai 2012 war er als Gouverneur der Region Mordowien tätig.
19.11.2020	In der Staatsduma wird ein Gesetzesentwurf zur Sanktionierung bis hin zu einer vollständigen oder partiellen Sperrung bestimmter Internetportale diskutiert. Offiziell soll damit die Einschränkung des Zugangs von russischen Bürger*innen zu Informationen russischer Medien gehandelt werden. Die Grundlage hierfür werde »die Diskriminierung in Bezug auf Artikel russischer Medien« oder die »Einschränkung des Zugangs zu gesellschaftlich wichtigen Informationen nach Nationalitäts- und Sprachmerkmalen sowie aufgrund der Einführung von Sanktionen gegen Russland bzw. russische Bürger*innen« seitens einiger Internetportale« sein. Den Autor*innen dieses Gesetzesentwurfes zufolge gehören zu den betroffenen Informationsportalen unter anderem Twitter, Facebook, YouTube und Google.
20.11.2020	In der Oblast Primorje ist der Ausnahmezustand nach Eisregen verhängt worden. Wladiwostok gehört zu einer der am stärksten betroffenen Städte. Es fiel binnen kurzer Zeit das eineinhalbfache eines durchschnittlichen Monatsniederschlags. Aufgrund von Unterbrechungen der Strom- und Wasserversorgung kam es in Geschäften und an Tankstellen zu einem Kundenansturm. Der Betrieb des Umspannwerks in Wladiwostok wurde nach einem Notfallplan wiederhergestellt.
21.11.2020	Russland verhängt Sanktionen gegen 25 britische Staatsbürger*innen als Reaktion auf die im Juli 2020 von Großbritannien eingeführten Sanktionen gegen 25 russische Bürger*innen, die 2009 am Tod von Sergej Magnitskij beteiligt gewesen sein könnten.
21.11.2020	Der erste russische humanitäre Konvoi trifft in Bergkarabach ein. 45 Tonnen Baumaterial wurden in die Konfliktzone geliefert. Der russische Verteidigungsminister, Sergej Schojgu, und der russische Außenminister, Sergej Lawrow, führten Gespräche mit der armenischen Führung in Jerewan und am selben Tag mit dem aserbaidschanischen Präsidenten, Ilham Alijew, in Baku.
22.11.2020	Der Gouverneur der Region Primorje, Oleg Koschemjako, gibt bekannt, dass ab sofort alle Kindergärten, die aktuell über Strom- und Wasserversorgung verfügen, eine 24-Stunden-Versorgung gewährleisten werden. Außerdem werden Verpflegungspunkte und Feldküchen aufgebaut sowie die Bevölkerung mit Gasflaschen versorgt. Nach einem Eissturm, der am 19. November 2020 auf die Region traf, sind noch immer viele Einwohner ohne Strom und fließend Wasser.
22.11.2020	Nach dem endgültigen Austritt der USA aus dem sogenannten »Vertrag über den Offenen Himmel« verlangt Russland von den verbliebenen Mitgliedstaaten Garantien zur Erfüllung der aus dem Vertrag hervorgehenden Pflichten. Der Vertrag regelt seit 2002 die Bedingungen unbewaffneter Beobachtungsflüge über die Staatsgebiete aller Mitgliedsstaaten.
23.11.2020	17 Abgeordnete der Oppositionspartei LDPR verlassen ihre Fraktion in der städtischen Duma von Chabarowsk. Begründet wurde der Austritt mit Meinungsverschiedenheiten in der politischen Ausrichtung des regionalen Zweigs der Partei. Die Stadtduma hat insgesamt 35 Abgeordnete, 34 Abgeordnete waren seit der Regionalwahl im September 2019 der Fraktion der LDPR angehörig.
23.11.2020	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, verkündet, dass die Mülldeponien »Jadrowo« in Wologolamsk und »Lesnaja« in der Nähe von Serpuchow zum Jahresende 2020 geschlossen werden. Im Jahr 2018 war es zu Protesten in der Region gekommen, nachdem öffentlich geworden war, dass die zulässigen Grenzwerte für den Gehalt an Schwefelwasserstoff in der Luft um das 1,5 bis 2,5-fache überschritten worden waren. Zahlreiche Anwohner litten unter gesundheitlichen Problemen.
23.11.2020	Gasi Issajew, Leiter der Bezirksabteilung Kislar in der Teilrepublik Dagestan, wird festgenommen. Ihm wird Beihilfe zur Organisation des Terroranschlags auf die Moskauer Metro im Jahr 2010 vorgeworfen. Bei dem Selbstmordanschlag auf zwei U-Bahn-Züge starben 41 Menschen.
24.11.2020	Der erst am 5. Oktober 2020 ernannte Präsident der russischen Teilrepublik Dagestan, Sergej Melikow, tritt von seinem Posten zurück. Als Interimsnachfolger tritt Abdulpatach Amirchanow an. Bereits am 18. November 2020 ernannte der russische Präsident Wladimir Putin den amtierenden Premierminister der Republik, Artjom Sdunow, zum neuen Präsidenten der russischen Teilrepublik Mordowien.
25.11.2020	Die 17 Abgeordneten der städtischen Duma in Chabarowsk, die am 23. November 2020 aus Protest der sich immer mehr verstärkenden Abhängigkeit des Parlaments von äußeren Faktoren und Machtstrukturen die Fraktion der LDPR verlassen hatten, kehren in die Fraktion zurück. Offizielle Begründung für die Rückkehr ist die Einflussnahme einer nahen Verwandten des neuen Gouverneurs Michail Degtjarjew, Nachfolger des im Juli 2020 festgenommenen Sergej Furgal. Nach offiziellen Angaben ist Voraussetzung der Rückkehr das Versprechen einer grundlegenden Änderung der Situation.
25.11.2020	Die Region Primorje, die am 19. November 2020 von einem Eissturm heimgesucht wurde, erhält 700 Millionen Rubel (etwa 7,7 Millionen Euro) aus dem Bundeshaushalt zur Beseitigung der entstandenen Schäden. Der Eisregen hatte in der Nacht auf den 20. November die Unterbrechung der Energie- und Telekommunikationsversorgung in weiten Teilen der Region verursacht. Die Aufräumarbeiten halten an, viele Einwohner sind noch immer ohne Strom und Wasser.

26.11.2020	Die Regierung der Region Primorje schätzt den durch den Eisregen am 19. November 2020 entstandenen Schaden auf rund 266 Millionen Rubel (etwa 2,9 Millionen Euro). Als Folge des Sturms waren zeitweise rund 181.000 Menschen ohne Strom, etwa 220.000 Haushalte blieben ohne Wasser. Auch die Fernwärme war unterbrochen. Am 25. November 2020 hatte die Zentralregierung angekündigt, 700 Millionen Rubel (etwa 7,7 Millionen Euro) zur Beseitigung der entstandenen Schäden bereitzustellen.
26.11.2020	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz über Fernarbeit. Es sieht unter anderem Regelungen zur Bereitstellung von Hard- und Software im Homeoffice vor sowie die Möglichkeit der Vereinbarung von Homeoffice-Regelungen im Arbeitsvertrag. Außerdem gibt das Gesetz dem Arbeitgeber im Notfall das Recht der Versetzung des Arbeitnehmers ins Homeoffice. Diese Versetzung darf jedoch nicht zu einer Lohnkürzung führen und muss technisch ermöglicht werden.
26.11.2020	In Armenien wird ein russischer Soldat abseits seiner Einheit tot aufgefunden. Hinweise auf Gewalteinwirkung gibt es nicht. Die Hintergründe seines Todes werden zurzeit untersucht. Russland hatte Mitte November Friedenstruppen zur Kontrolle des Waffenstillstandes zwischen Armenien und Aserbaidschan in die Region entsandt.
26.11.2020	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass die Lebensmittelpreise in Russland im Zeitraum Januar bis Oktober 2020 um 4,1 Prozent gestiegen seien. Den stärksten Preisanstieg verzeichneten Produkte wie Zucker, Schokolade und Süßigkeiten mit 11,8 Prozent sowie Obst mit 10,8 Prozent.
27.11.2020	Das Basmanyj-Bezirksgericht in Moskau ordnet für den ehemaligen Leiter des russischen Strafvollzugsdienstes, Walerij Maksimenko, Untersuchungshaft an. Ihm wird Machtmissbrauch vorgeworfen. Maksimenko soll im Jahr 2018 Staatsverträge für den Bau und die Instandsetzung von Haftanstalten ohne vorherige Ausschreibung an eine Firma vergeben haben, die weder über die personellen noch die strukturellen Ressourcen zur Umsetzung des Auftrags verfügte.
28.11.2020	In Chabarowsk findet eine nicht genehmigte Protestaktion zur Unterstützung des am 9. Juli 2020 festgenommenen ehemaligen Gouverneurs der Region, Sergej Furgal, statt. Nach offiziellen Angaben nehmen weniger als 150 Menschen an der Aktion teil.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Ina Lankovich und Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

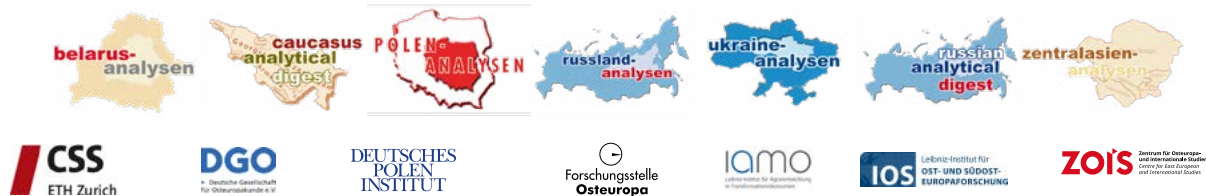
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.